

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheinungswöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,60 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des
Christlichen Metallarbeiter-Verbandes
Deutschlands

Schiffstellung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

... und heut deckt seinen Körper ein Rad!

Von Christoph Wleprecht.

Dort bringt den schmucken Burschen man getragen,
Der gestern morgen erst um Arbeit bat.
Man gab sie ihm; beim Räderrollen muß er's wagen,
und heut deckt seinen Körper schon ein Rad!

Man bettet sanft ihn in der Werkstätt Mitte,
Wo auf der Bank er nunmehr stöhnend liegt;
Es naht der Hellighülle schon im Flügelschritte —
Und kund'gen Blicks sein Haupt er leise wagt:

„Schon wieder einer — derbe traß's den Knochen;
Herrgott! Das rechte Bein ist ja wie Brei —
Der Oberschenkel zweimal gar gebrochen,
Dazu auch noch der linke Fuß entzwei.“

Schnell öffnet er dann seinen schwarzen Kasten
Und geht ans Werk mit kunstgeübter Hand;
Derwellen ringsum die Maschinen rufen,
Legt er ihm eifrig an den Notverband.

Da kommt ein Flüstern von des Vermittlers Munde,
Ganz leis — doch dringt es tief ins Herz hinein:
Es ist nicht weit mehr von der Mittagsstunde;
Das erste Essen bringt ihm heut sein Mütterlein.

Voll Mitleid tritt man langsam aus dem Kreise,
Rehrt an die Arbeitsstätte still zurück;
Dort schafft man weiter in gewohnter Weise —
Ein jeder hastend nach dem eignen Glück.

Ein kurzer Blick noch streift den Kameraden,
Ein stiller, doch ein herz'ger Scheidegruß —
Im nächsten Augenblicke wird er aufgeladen —
Sein Mütterlein noch lange warten muß.

Vorn Tore draußen strömt's in hellen Scharen,
Es eilt der Arbeitsmann zu Weib und Kind;
Die Zeit ist kurz — er muß sie sorgsam sparen;
So geht's nach Hause denn auch pfeilgeschwind.

Sedoch, nicht allen ist dies Glück beschieden,
Gar mancher lanol am Abend erst dort an:
Doch trägt sein Mittagsges er still zufrieden
Und nimmt zur Hand den dürft'gen Henkelmann.

Dort steht auch mit dem karmen Mittagbrote
Am großen Tor ein altes Mütterlein;
Es schaut beängstigt an den Rarich der Schlot
Und recht bekümmert zur Fabrik hinein.

„Nun muß er endlich doch wohl kommen,
So denkt es still für sich und schaut und schaut;
Ihm wird so sonderbar und so bekümmert,
Sedoch, das Neue ist's wohl nur, davor ihm graut.“

Da kommt ein Wagen eiligst angefahren —
Mit Gummireifen — ach — wie fährt er schön —
Das hatte es in all den Lebensjahren
Bis heut'gen Tages wohl noch nie geseh'n.

Es steht ihn an mit einem stummen Fragen
Und harrt dann weiter in Geduld und Ruh',
Indes an ihm vorüber fliegt der Wagen
In schneller Fahrt dem — Krankenhaus zu.

Volkswirtschaftliche Rundschau

In dieser Stelle wurde schon mehrmals betont, daß es im Interesse der ganzen Volkswirtschaft liege, wenn die Unternehmungskraft im laufenden Jahre sich in gewissen Schranken halten würde. Abgesehen von der drohenden Ueberproduktion ist eine derartige Zurückhaltung schon wegen der Verfassung des Geldmarktes zu wünschen. Zwar ist sie in den letzten Wochen keineswegs ungünstig gewesen, aber die erheblichen Ansprache durch Staaten und Städte lassen eine neue Verkettung nicht als ausgeschlossen erscheinen. Von kompetenter Seite, dem Präsidenten der Reichsbank, ist neulich diesem Gedanken im Reichstag Ausdruck gegeben worden. Es ist daher nur zu begrüßen, wenn im 4. Quartal 1913 ein Rückgang der Aufwendungen für Neugründungen und Kapitalserhöhungen eingetreten ist. Nach den bekannten Zusammenstellungen der „Frankf. Ztg.“ betrug der Aufwand für die genannten Zwecke, soweit Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Frage kommen 290,4 Mill. Mark gegen 308,4 Mill. im 3. Vierteljahr und 308,7 Mill. im 4. Quartal 1912. Auch der Gesamtaufwand des Jahres 1913 weist gegen 1912 einen beträchtlichen Rückgang auf — er betrug 1118,4 Mill. Mark gegen 1359,6 Mill. Auch hinter den Aufwendungen der Jahre 1909/1911 blieb die vorjährige erheblich zurück.

An der Industrie der Metalle und Maschinen betrug das neu investierte Kapital im 4. Quartal 34,6 Mill. Mark gegen 60,1 Mill. im 3. Vierteljahr 1913 und 67,7 Mill. im 4. 1912. Der Rückgang gegen die beiden zum Vergleich herangezogenen Vierteljahre ist ganz gewaltig; er beträgt 25,5 und 33,1 Mill. Mark. Ganz gewaltig ist insbesondere der Aufwand für Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften zurückgegangen. Er betrug rund 10 Mill. Mark gegen 33 im 3. Vierteljahr und 35,4 Mill. im 4. 1912. Der Aufwand für Neugründungen der genannten Unternehmungsform betrug 8,9 Mill. Mark gegen 5,1 im 3. Quartal 1913 — ist also etwas gestiegen. Im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres

ist er aber um 3,7 Mill. zurückgegangen. Die Aufwendungen für Gesellschaften m. b. H. betragen insgesamt 18,6 Mill. Mark; davon entfallen auf Neugründungen 10,9 und auf Kapitalserhöhungen 11,6 Mill. Mark.

Bemerkenswert sind die Aufwendungen für die Elektrizitätsindustrie; sie betragen 14,6 Mill. gegen nur 5,2 Mill. Mark im 3. Vierteljahr und 37 Mill. im 4. Quartal 1912. Diese Erscheinung bestätigt die Tatsache, daß dieses Mal der Rückgang der Konjunktur an der Elektrizitätsindustrie nicht so spurlos vorübergeht, wie in früheren Jahren.

Die Zurückhaltung, welche die Industrie in der Beanspruchung des Geldmarktes geübt hat, geht auch aus der Wertsumme der ausgegebenen Industrie-Aktien und Obligationen hervor. Sie betrug für die ersten im Jahre 1913 367,21 Mill. Mark, ein ganz gewaltiger Rückgang gegen 1912 mit 694,82 Mill. Mark. Freilich muß berücksichtigt werden, daß gerade diese Zahl eine ganz abnorm hohe ist, die eben nur durch den ungeheuren Aufschwung des Wirtschaftslebens erklärt werden kann. Auch die Ausgabe der Industrie-Schuldverschreibungen ist, wenn auch nicht im gleichen Maße, zurückgegangen. Sie stellen einen Wert von 371,51 Mill. Mark dar gegen 453,55 Mill. im Jahre 1912. Der Wert der begebenen Emissionen an Staats-, Stadt- und Provinz-anleihen, an Hypotheken- und Industrieobligationen und an Aktien betrug 1913 2494,23 Mill. Mark, gegen 2595,90 Mill. i. J. 1912. Der Unterschied der beiden Jahre ist, wie ersichtlich, nicht allzu bedeutend. Was rührt von dem verhältnismäßig hohen Betrag für deutsche Staatsanleihen her, kommt aber vor allem auch durch die gewaltige Beanspruchung des Geldmarktes durch das Ausland. Die Summe der in Deutschland untergebrachten ausländischen Staatsanleihen betrug 1913 nicht weniger als 559 Mill. Mk. gegen nur 39 Mill. im Jahre 1912 — also ein Mehr von über 500 Mill. Mark. Diese enorme Summe ist der deutschen Volkswirtschaft zu einer Zeit entzogen worden, wo sie sie dringend bedurft hätte. Mit Recht hat in letzter Zeit die zuständige staatliche Behörde Schritte getan, damit nicht im laufenden Jahre wiederum eine gleiche Erscheinung eintritt. Große Anforderungen werden auch jetzt wieder an den Geldmarkt gestellt und da könnte es höchst verderblich werden, wenn wieder solche Summen an das Ausland kämen. Unsere Banken können sich in dieser Hinsicht die französischen Institute zum Vorbild nehmen. Erst Befriedigung des heimischen Bedarfs und dann Aufnahme fremdländischer Anleihen muß besonders in diesem Jahre Prinzip der Kapitalisten sein — wenn sie sich nicht freiwillig dazu bekennen, muß eben die Regierung das Nötige veranlassen.

Schon in dem Rückblick auf das vergangene Wirtschaftsjahr betonten wir, daß es für die Roheisenherzeugung ein Rekordjahr sei. Die nunmehr vorliegenden Zahlen beweisen die Richtigkeit unserer Behauptung. Die Roheisenproduktion betrug 1913 19,29 Mill. Tonnen.

Die Steigerung gegen das Vorjahr beträgt 1,42 Mill. T. und gegen das letzte Hochkonjunkturjahr (1907) 6,24 Mill. Tonnen. Seit 1900, wo die Roheisenproduktion 8,42 Mill. Tonnen betragen hatte, ist sie um 129 Prozent gestiegen, hat sich in einem verhältnismäßig geringen Zeitraum, also mehr als verdoppelt. Recht interessant ist ein Vergleich mit dem Land, hinter dessen Roheisenherzeugung Deutschland heute noch allein zurücksteht — den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Roheisenproduktion betrug hier im verfloffenen Jahre 31,22 Mill. Tonnen. Man hat des öfteren mit Recht betont, daß der wirtschaftliche Aufschwung besonders unserer schweren Industrie noch die mehr sprunghafte der amerikanischen übertrifft. Da deren Produktion 1900 14,1 Mill. Tonnen betrug, so hat sie sich bis 1913 um 123 Prozent gesteigert — also in einem geringeren Verhältnis als die Deutschlands. Die Produktionsziffern in den einzelnen Monaten waren im verfloffenen Jahre durchweg bedeutend größer als im Jahre 1912. Trotzdem aber ist nicht zu verkennen, daß sich auf dem Roheisenmarkt schon in den letzten Monaten 1913 und auch im Januar dieses Jahres ein starker Rückgang bemerkbar gemacht. Die Vorräte der Hochofenwerke vergrößern sich zusehens. Der Versand im Dezember betrug nur 77,93 Prozent der Beteiligung. Der Inlandsmarkt zeigt wenig Leben, dagegen ist der Auslandsmarkt wieder fest geworden. Der Wettbewerb der englischen Roheisenindustrie scheint sich in Deutschland scharf bemerkbar zu machen. — unter seinem Druck hat der Roheisenverband eine weitere Preisermäßigung für Hämatit-Eisen eintreten lassen, ohne allerdings die offiziellen Preise herabzusetzen.

Der Versand des Stahlwerksverbandes war im abgelaufenen Jahr geringer als 1912. Er betrug 6,339 Mill. Tonnen gegen 6,446 im Jahre 1912. Der Rückgang wäre zweifellos ein noch viel stärkerer gewesen, wenn nicht die Marktlage für Eisenbahnmateriale so außerordentlich günstig gewesen wäre. Der Versand an diesem betrug 2,88 Mill. T. oder 533 000 gleich 22 Prozent mehr als im Jahre 1912. Die Steigerung entfällt in erster Linie auf das Inland. Mit der genannten Zahl ist ein Rekord im Versand von Eisenbahnmateriale erreicht. Der Versand an Halbzeug dagegen bleibt nicht unbeträchtlich hinter dem Ergebnis von 1912 zurück. Mit 1,681 Mill. Tonnen gegen 1,918 im Jahre 1912 hat er einen Rückgang von 237 000 Tonnen oder 12 Prozent aufzuweisen. Noch erheblicher ist er bei Formeisen, wo der Versand 1,78 Mill. T. betrug gegen 2,18 im Jahre 1912 — also 403 000 T. oder 19 Prozent weniger! Die Gründe dieser rückläufigen Bewegung sind an dieser Stelle schon des öfteren erörtert worden.

Wir haben früher schon betont, daß der Tiefstand der diesjährigen Konjunktur bereits überwunden sei. Hierfür spricht

unter anderem auch die Gestaltung des Roheisenmarktes. Die großen Werke — vor allem das Stahlwerk Hütten und Pöhlitz, haben erneut Preisermäßigungen eintreten lassen. Ebenfalls günstiger liegt der Markt für rohen Walzdraht. Wenigstens ist der Auftragsbestand des Walzdrahtverbandes befriedigend, so daß die Werke für die nächsten Monate noch voll beschäftigt sind. Der Versand des Walzdrahtverbandes betrug 1913 468 000 Tonnen gegen 517 310 im Jahre 1912. Davon entfielen auf das Inland 284 700 Tonnen und auf das Ausland 183 300.

Auf dem Röhrenmarkt ist in der letzten Zeit eine große Geschäftsstokung eingetreten. Wir haben das letzte Mal als fast sicher vorausgesetzt, daß die Verhandlungen über die Bildung eines Röhrenyndikats ihren Abschluß in einem tatsächlichen Ergebnis finden würden. Diese Auffassung wurde allgemein geteilt. Ganz überraschend kam die Nachricht, daß das Zustandekommen des Syndikats zweifelhaft geworden sei — Mannesmann und Thyssen, die bedeutendsten Produzenten, konnten sich in der Quotenfrage, soweit eine solche noch zu regeln war, nicht einigen. Wie berichtet wird, ist nach dem nunmehr erfolgten Abbruch der Verhandlungen auf ein Röhrenyndikat nicht mehr zu rechnen. In künftigen Kreisen soll man von vornherein den Wert des etwaigen neuen Syndikates nicht allzu hoch angeschlagen haben, da man die Erhebung neuer Werke außerhalb des Syndikats mit Sicherheit vorausgesehen hatte. Wir sind nicht in der Lage, diese Nachricht zu prüfen, müssen aber dabei doch an den Fuchs denken, dem die Trauben zu hoch hängen. Ob nunmehr eine Belebung auf dem Röhrenmarkt eintreten wird, ist keineswegs sicher. Durch die starke Konzentration in der Röhrenindustrie konnten sich die Preise auf einer befriedigenden Höhe halten, und voraussichtlich wird diese Möglichkeit auch weiter bestehen.

Der Arbeitsmarkt hat in seiner Gesamtheit wenigstens eine Verschlechterung nicht erfahren, der weibliche sogar eine erhebliche Besserung. Auf 100 offenen Stellen kamen 218 Arbeitgesuche männlicher und 123 weiblicher Arbeiter gegen 218 bzw. 143 im November. Leider ist der Arbeitsmarkt in der Metallherstellung und der Industrie der Maschinen in seiner Entwicklung bedeutend ungünstiger gewesen. Auf 100 offene Stellen kamen 396 Arbeitgesuche männlicher und 330 weiblicher Arbeiter gegen 308 bzw. 286 im November. Das Ergebnis ist eigentlich überraschend, da aus kaum einem Gebiet unserer Industrie größere Arbeitslosigkeit gerichtet wird. Wir enthalten uns noch eines Schlusses, bis die entsprechenden Zahlen vom Januar vorliegen.

Die Quartalsabrechnung

Vier Wochen nach Schluß des jeweiligen Vierteljahres müssen laut Paragraph 28, Abs. 1 des Verbandsstatutes die Verwaltungsstellen des christlichen Metallarbeiterverbandes die Quartalsabrechnung an die Hauptverwaltung in Duisburg einreichen. Trotz allem Drängen der Hauptverwaltung bleibt doch in jedem Kalenderquartal eine ganze Anzahl Verwaltungsstellen mit der Abrechnung im Verzuge. Das ist ein sehr unerfreulicher Zustand, der im Interesse einer prompten Erledigung der Geschäfte unter allen Umständen verschwinden muß.

Von 72 Verwaltungen, die im vergangenen Jahre durch das Verbandsorgan an die Einreichung der Abrechnungen erinnert werden mußten, waren 36 Verwaltungsstellen in je einem Quartal mit der Einreichung im Verzuge, 16 mußten in zwei Quartalen gemahnt werden, 15 in je drei und 5 Verwaltungsstellen schickten von den vier Quartalsabrechnungen des Jahres 1913 keine einzige in der statutarisch vorgeschriebenen Zeit ein. Leider befinden sich unter den Säumigen auch immer noch Verwaltungsstellen, in denen freigestellte Beamte tätig sind. Insgesamt mußten 12 Verwaltungen mit freigestellten Kräften öffentlich durch das Verbandsorgan an die Einreichung der Abrechnung erinnert werden, davon 6 in einem Quartal, fünf in zwei Quartalen, und eine Verwaltungsstelle mit einem Beamten wurde sogar in drei Quartalen nicht in der durch das Statut vorgeschriebenen Zeit fertig, sie mußte jedesmal öffentlich gemahnt werden.

Wenn von 175 Verwaltungsstellen im vergangenen Jahre 103 in jedem Quartal die Abrechnung rechtzeitig fertigstellen konnten, dann müssen es die anderen auch können. Eine Verwaltung mit freigestellten Beamten darf unter keinen Umständen im Verzuge bleiben. Unter denen, die immer pünktlich sind, befindet sich eine sehr große Anzahl solcher Verwaltungen, die die nebenamtlich, d. h. von Kollegen im Arbeitsverhältnis verwaltet werden; was diesen möglich ist, müssen freigestellte Beamte ganz sicher fertig bringen. Darüber kann es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Erste Pflicht der Beamten ist, die Bestimmungen des Statuts zu erfüllen, um so den Gruppen ohne Beamten mit gutem Beispiel voranzugehen. Wenn eine Reihe von Verbänden allmonatlich ihre Abrechnung fertig bringen, dann muß bei uns die Arbeit in der festgesetzten Frist wenigstens jedes Quartal möglich sein. Und es ist möglich. Die erste Vorbedingung dazu ist aber, daß der Vertrauensmännerapparat funktioniert. Wenn dieser nicht intakt ist, dann ist allerdings die Wifere da. Sonst darf es keine Gruppenleitung und kein Beamter kommen lassen. Nur eiserne Konsequenz und Willenskraft führt auch hier zum Ziel. Wenn aber 103 Verwaltungsstellen diese Eigenschaften aufbrachten, warum nicht auch die anderen?

Aber nicht nur der Eingang der Abrechnungen läßt zu wünschen übrig, sondern auch ihre Vollständigkeit. Manchmal kommt nur die Abrechnung pünktlich; Geld Listen, Verzich-

nis der Neuaufnahmen, Belege u. fehlen. Wieder andere schicken nur Geld; alles andere läßt wochenlang auf sich warten. Ober aber, die Mitgliederlisten sind unvollständig, die entrichteten Beiträge sind nur teilweise eingetragener, oder die Beitragsklassen sind nicht richtig angegeben, oder es sind nicht alle Mitglieder eingetragen oder es hapert mit der Eintragung der Beiträge für die Jugendklasse. Andere behandeln das Sektionsverzeichnis und die Zu- und Abgereisten und die Uebertritte sehr nebenächlich. Das sind alles unzulässige Dinge. Vollständig soll und muß die Abrechnung spätestens vier Wochen nach Schluß des jeweiligen Kalenderquartals eingehen; anders kann und darf es im Interesse einer geordneten Geschäftsführung nicht sein. Keine Abrechnung darf eingeschickt werden, die nicht von den Revisoren revidiert und unterschrieben ist; nicht eher sollen und dürfen die Revisoren unterschreiben, bis ihnen alles, auch Kassenbestand einschließlich Bargeld vorgelegen hat.

Damit nun die Revisoren den vorstehend geschilderten Mängeln bei den Quartalsabrechnungen ihr Augenmerk schenken, sollen kurz die wesentlichsten Momente zusammengestellt werden, die sie zu beachten haben.

1. Bei der Revision sollen beide Abrechnungen vorliegen, die zu revidierende und auch die vom vorhergehenden Quartal, denn sonst ist ein Vergleich unmöglich. Ferner muß vorgelegt werden das Markenkontrollbuch, das Haupt-Kassenbuch und die Mitgliederliste.

2. Die neue Abrechnung muß vollständig ausgefüllt sein; insbesondere ist darauf zu achten, daß der Marken- und Kassenbestand von der vorhergehenden Abrechnung richtig übertragen ist.

3. Ist dieses in Ordnung — Einnahme und Ausgabe — auf ihre Richtigkeit geprüft, an der Hand der hierzu nötigen Hilfsmittel — Kassen- und Markenkontrollbuch — dann ist der Markenbestand und die Kasse auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Für jede Ausgabe muß ein Beleg vorhanden sein.

4. Ehe die Unterschrift erfolgt, müssen weiter geprüft werden, die Angaben über die Mitgliederbewegung, die Liste der Neuaufnahmen und das Sektionsverzeichnis. Alle Rubriken sollen und müssen vollständig und richtig ausgefüllt sein. Fehlt es irgendwo, dann muß das in Ordnung gebracht werden, und zwar vor der Unterschrift.

5. Vor der Unterschrift muß auch die Mitgliederliste geprüft werden. Insbesondere ist darauf zu achten, daß alle Mitglieder und die von jedem Mitglied bezahlten Beiträge richtig unter Angabe der Beitragsklasse eingetragen sind. Auch ist zu vergleichen, ob die Mitgliederzahlen in den einzelnen Beitragsklassen den Listenangaben entsprechen.

Erst dann, wenn alles geprüft und für richtig befunden ist, wird unterschrieben. Die Revisoren sollten bedenken, daß sie nach der Unterschrift für die Richtigkeit mitverantwortlich sind.

Die Verwaltungsstellen seien ersichtlich darauf hingewiesen, daß es nicht statthaft ist, Gelder der Hauptkasse zurückzuhalten; der beim Rechnungsabschluß sich ergebende Betrag muß immer eingezahlt werden. Sollten nachher die Ausgaben nicht von den laufenden Einnahmen bestritten werden können, dann leistet die Hauptkasse Zuschuß.

Wenn alle Funktionäre in den Verwaltungsstellen und alle Beamte bei ihrer Arbeit vorstehende Ausführungen zur Richtschnur nehmen und dementsprechend handeln, sind keine Monotonie mehr zu verzeichnen. Und das ist doch der Zweck dieser Uebung. Nicht aus kleinlicher Kritik werden diese Dinge beim rechten Namen genannt, sondern, um auch die Sämannen zur Pünktlichkeit zu bringen. Ordnung und Pünktlichkeit aber sind nicht nur die elementarsten Voraussetzungen für jeden geordneten Geschäftsbetrieb, sondern auch für die Organisation.

Diese wohlgemeinten Ratschläge bitten wir dringend zu beherzigen und zu befolgen. Der Hauptverwaltung wird die Arbeit dadurch bedeutend erleichtert. Wer aber glaubt, die Anregungen in den Wind schlagen zu können, wird auch die Folgen zu tragen haben.

Die Handelspolitik

Noch unserer letzten Ausführungen unterliegt es keinem Zweifel, daß es einen gegebenen Zustand in der Handelspolitik nicht geben kann und nicht geben darf. Wie die wirtschaftlichen Sachverhalte, so ist auch sie dem steten Wechsel unterworfen. Der wirtschaftliche Liberalismus, der in Adam Smith seinen eigentlichen Grund und besten wissenschaftlichen Vertreter hat, stand auch in der Handelspolitik auf dem Standpunkte der reinen Negation. Der Liberalismus, natürlich ist hier nicht die liberale

Portel oder deren Anschauung gemeint, sondern das Wirtschaftssystem, was mit jenem gar nichts zu tun hat — wohl auch Smithianismus genannt, ist die folgerichtige Fortsetzung des physiokratischen Systems auf Handel und Industrie angewendet. Während jenes sein Augenmerk vor allem auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft richtete, so dieses auf die der Industrie. Darin aber waren beide einig, daß sie sagten: „Der beste soziale und wirtschaftliche Zustand eines Volkes wird am ehesten erreicht, wenn dem einzelnen in seinem wirtschaftlichen Handeln keine Schranken gesetzt werden. In diesem Falle können sich seine Fähigkeiten ganz ausleben, wird der Fährge auch der Erste sein. Der Zustand der absoluten freien Konkurrenz wird dafür sorgen. Nur getrieben von seinem eigenen Interesse wird das Individuum alle seine Kräfte anstrengen, um zu dem gesetzten Ziel zu gelangen. Jedes Eingreifen des Staates aber muß schädlich wirken, denn es hindert den Menschen an der ungehemmten Entfaltung seiner Kräfte. Die Aufgaben des Staates beschränken sich daher auf ein Mindestmaß.“

Der Standpunkt des Liberalismus drückt sich klar in den Worten Adam Smith's aus (List, das nationale System der politischen Ökonomie S. 476). „Der Mensch wird gewöhnlich von Staatsmännern und Projektanten als das Material einer Art politischen Handwerks betrachtet. Die Projektanten machen die Natur in ihren Operationen auf die menschlichen Angelegenheiten, während man sie doch nur sich selbst überlassen und frei wirken lassen darf, damit sie ihre Endzwecke erreichen. Um einen Staat aus der niedrigen Barbarei auf die höchste Stufe des Reichthums zu erheben, bedarf es nur des Friedens, mäßiger Auflagen und einer guten Rechtspflege; alles übrige folgt im natürlichen Lauf der Dinge von selbst. Alle Regierungen, welche sich diesem natürlichen Lauf entgegenstellen, welche die Kapitale in andere Kanäle leiten oder die Fortschritte der Gesellschaft in ihrem Lauf aufhalten wollen, handeln der Natur zuwider und werden, um sich zu halten, unterdrückend und tyrannisch.“ Die Aufgabe des Staates beschränkt sich also lediglich darauf für die innere und äußere Sicherheit der Bürger zu sorgen. Eine Eingriffnahme auf bestimmte Produktionszweige ist ihm ebenso untersagt wie die Begünstigung einer Industrie oder deren künstlichen Schaffung. Mit berechtigter Schärfe hat Lassalle über einen Staat, der seinen Aufgabenkreis derart stetig, als den Nachwächterstaat gespottet. Es ist selbstverständlich, daß bei einer derartigen Auffassung vom Staat jede aktive Handelspolitik verpönt ist — sie hat lediglich im Unterlassen zu bestehen. Es war der Grundfehler des Liberalismus von jeher und er ist es besonders auf sozialem Gebiete auch heute noch, daß er sich um historische Zusammenhänge blutwenig gekümmert hat. Er gleicht dem Sturm, der das Bestehende schonungslos niederreißt, und noch nie hat der Liberalismus Besseres an die Stelle des Zerstorten zu setzen gewußt.

Der Gedanke der internationalen Handelsfreiheit hat gewiß etwas Befriedigendes. Jedes Volk kauft mit dem anderen die Produkte aus, die es seinen natürlichen Bedingungen nach am besten produzieren kann. Eine internationale Arbeitsteilung tritt ein. Ohne weiteres muß zugegeben werden, daß unter solchen Verhältnissen die Länder, die bereits ein Uebergewicht in einem Produktionszweig haben, es auch behalten werden. Vielleicht erklärt sich gerade unter diesem Gesichtspunkte die Forderung Adam Smith's. Denn Smith war ein Engländer und England hatte zu seiner Zeit fast ein vollständiges Industriemonopol. Natürlich war es England und nur England, das der Produzent für die übrigen Völker bleiben sollte, während diese, um ganz von England abhängig zu bleiben, sich mit dem Ackerbau zu befassen hätten. Vom Standpunkt Smith's aus war sein Gedankengang alles andere als antinational. England konnte damals durch ein anderes Handelsystem als den Freihandel nur verlieren. Seine Industrie brauchte keinen Schutz, aber der Schutz einer fremdländischen Industrie hinderte die englische, den Markt dieses Staates schrankenlos auszubenten. Die Forderung des internationalen Handels lag also durchaus im Interesse Englands, war national gedacht.

Wenn wir sie aber als eine Lehre auffassen, die Allgemeingültigkeit beansprucht, muß sie antinational wirken. Sie übersieht, was dem innersten Kern des Liberalismus allerdings entspricht, daß der Mensch nicht als Einzelperson unter lauter von ihm getrennte und von ihm unabhängige Individuen gestellt ist, vergißt, daß er selbst wieder in weitgehendem Maße in seinen kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen von andern abhängig ist. Er übersieht vor allem auch, daß sich die Völker in Staaten und Nationen zusammenschließen haben und daß diese Bande, außerordentlich stark sind. Selbst wenn der Friede aller Staaten und aller Nationen eine festbegründete Tatsache wäre, ihre Sonderinteressen würden doch bestehen und sich Geltung zu verschaffen suchen. Ein Gemeinwesen wird auf die Dauer die wirtschaftliche Abhängigkeit von einem anderen Volk

nicht ertragen können, will es sich nicht selbst aufgeben. „Dieses System (das Freihandelsystem) betrachtet alles aus dem Gesichtspunkt des Kaufmanns.“ (List S. 479) und dieser will nur Reichtum gewinnen. Alle anderen Momente, nationale vor allem, existieren nicht für ihn.

Tatsächlich war es auch immer der Kaufmann und er ist es auch heute noch, der den Freihandel erstrebt, weil er ihm tatsächlich die meisten Gewinnsaussichten bietet. Ihm ist daraus ein Vorwurf natürlich nicht zu machen, denn jeder Erwerbsstand sucht den ihm günstigen Zustand zu erreichen. Wer aber das Ganze im Auge halten muß, darf sich natürlich von solchen Gesichtspunkten nicht leiten lassen. Er muß vielmehr im Interesse der Gesamtheit einen Zustand erstreben, der einen Ausgleich der Interessen verbürgt.

Um den Liberalismus und die Physiokratie richtig zu beurteilen, darf man nicht vergessen, daß sie die Reaktion auf ein Wirtschaftssystem darstellten, das verdrängte Interessen weiterer Kreise direkt verlegte. Unter dem Merkantilismus, dessen feinsten Vertreter Colbert ist, wurde die Industrie in der einseitigsten Weise begünstigt. Der Merkantilismus beschränkte sich nicht mit einem weitgehenden Zollschutz der Industrie, mit den verschiedensten Einfuhrverboten, er ging auch in der inneren Handelspolitik planmäßig auf die Schaffung einer Industrie aus. Er gab Privilegien, verleiht Monopole, nur um Industrie anzusetzeln. Um sie zu begünstigen, verbot er die Ausfuhr von Rohstoffen oder belegte sie mit hohen Ausfuhrzöllen, erleichterte dagegen ihre Einfuhr auf jede Weise. Dergleichen unterstützte er die Ausfuhr von Industrieprodukten durch Ausfuhrprämien, verhörderte aber ihre Einfuhr durch hohe Schutzzölle, wenn nicht Einfuhrverbote. Die Arbeitslöhne wurden künstlich niedergehalten und zwar durch ein sehr einfaches Mittel: man verbot die Ausfuhr von Agrarprodukten, insbesondere von Getreide, tat aber nichts, um ihre Einfuhr abzuwehren. Das starke Ueberangebot, das sich hierdurch einstellte, hatte einen starken Preisrückgang derartiger Produkte zur Folge. Da der Arbeitslohn von jeher stark durch die Höhe der Lebensmittelpreise beeinflusst wurde, blieb er dauernd auf einer tiefen Stufe, wohl zum Nutzen der Industrie, aber zum Schaden des Arbeiters. Doch konnte sich dieser ja mit den niederen Lebensmittelpreisen trösten; ganz anders aber stand es mit der Landwirtschaft. Sie hatte bei einer ungenügenden Preisgestaltung den Haupt Schaden zu tragen. Kein Wunder, daß sich gegen ein derartiges Handelsystem, das in einer allerdings durch die genzen Verhältnisse begünstigten Ueberhöhung der Industrie wurzelte, allmählich eine kräftige Reaktion herausbilden mußte, die in der Lehre der Physiokratie ihren Niederschlag fand. Daß sich diese den anderen Extremen zuneigte, ist nach der oben geschilderten Entwicklung leicht begreiflich, mußten sie doch glauben, daß man nur den Dingen ihren Lauf zu lassen brauche, damit auch die Landwirtschaft zu ihrem Rechte komme. Wie später Adam Smith die physiokratische Lehre, die einen praktischen Einfluß nie erreichte, auf die Industrie anzuwenden verstanden hat, wurde oben bereits dargelegt.

Man hat unsere deutsche Handelspolitik wohl mit Neu-Merkantilismus bezeichnet und wollte damit andeuten, daß ein starkes Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben auch der gegenwärtigen Epoche ihr charakteristisches Gepräge verleihe. Doch ergeben sich auf den ersten Blick schon tiefgehende Unterschiede. Ausfuhrzölle kommen in der neuzeitlichen Wirtschaftspolitik ebenso wenig vor wie Einfuhrverbote. Dann aber ist der Kreis der geschützten Interessen sehr umfassend. Die Gründe dieser Tatsache sollen später noch dargelegt werden; hier genügt die Feststellung, daß neben einem starken Zollschutz der Landwirtschaft auch ein solcher der Industrie vorhanden ist. Man hat erkannt, daß der Volkskörper nur dann gesund ist, wenn die einzelnen Glieder gesund sind.

Und der Zweck eines derartigen Schutzes von Industrie und Landwirtschaft? Wie schon im ersten Artikel angedeutet, mußte das deutsche Reich, wollte es wirklich eine auch nur einigermaßen unabhängige Stellung ertingen, sich eine Industrie schaffen. Der Schutz war im Anfang für die Industrie vor allem ein Mittel der Erziehung. Durch den Schutz, der Belastung des eingeführten Produktes mit einer Abgabe, wird der Gesamtheit unter Umständen ein sehr bedeutendes Opfer auferlegt. Denn durch die Belastung etwa einzufließender Produkte wird es der heimischen Industrie ermöglicht, ihre Preise über den Weltmarktpreis zu halten, denn dieser und der Schutz wird im allgemeinen die Basis sein, auf der sich der Preis im Inland bildet. Allerdings ist mit Recht betont worden, daß keineswegs immer das Inland den Zoll trage, sondern daß es vom liefernden Auslande gelte. Es kann dies der Fall sein, wenn das Angebot auf dem Weltmarkt sehr groß ist, wird der anbietende, nur um seine Ware los zu werden, unter dem allgemeinen Weltmarktpreis liefern. Der Stand des nunmehr

Wie Draht entsteht

(Kontinuum verholten)

Die Verfolgung der Drahtherstellung des Drahtes vom rohen Eisen bis zum Fertigdraht, so hat das zu solchen bemerkenswerten Material einen weiten und, nach rein menschlichen Empfinden betrachtet, jäheren Weg zurückzulegen. Das Erz wird, nachdem es von seiner Ergründung, auf der es Schmelzende oder gar Jahrmillionen in fester Ruhe im tiefen Schoße der Erde lagerte, gewaltig abgelöst wurde, je nach seiner Zusammenfassung erst geröstet oder sofort dem Hochofen zugeführt. Hier erfolgt infolge der Einwirkung der hohen Temperatur eine Schmelzung des reinen Metalls von seinen Beimengungen. Die letzteren werden durch sogen. Schlacke zu Schlacken verflüchtigt und sammeln sich mit dem ebenfalls glühend gewordenen Eisen am Boden des Hochofens an. Da die Schlacke am leichtesten ist, so schwimmt sie auf dem Eisen und wird zeitweise aus einem Stöckloch abgelassen, während das flüssige Eisen für sich durch eine andere Oeffnung in die Gießform abfließt. Das so erhaltene Roheisen wird durch Weiterverarbeitung in besonderen Feuern zu Schmiedeeisen und Stahl umgewandelt und gelangt dann in das Walzwerk. In diesem hat es zuerst die Walzen zu durchlaufen, welche die kantigen Blöcke zu Knäppeln ausrollen. Diese werden bei Stangenwalzen zugeführt und in diesen durch Passieren immer enger gestellter Walzenpaare zu Draht von 10 bis 3 Millimeter abwärts ausgewalzt. Eine weitere Verdrümmung ist durch Walzen nur schwer zu erzielen, da sich die Stangen bei den geringen Durchmesser zu schnell abkühlen. Ist doch schon bei den größeren Durchmesser zwischen den einzelnen Walzenstrahlen ein Hindernis des Materials erforderlich. Man legt dabei den vorgewalzten und auf eine Trommel gewickelten Draht mit der letzten in den Walzwerk, aus dem er beim, sich im Ofen selbst abkühlend, direkt in die Walzenstraße gelangt. Damit der ganze Walzprozess möglichst rasch verläuft, passiert der Draht stets mehrere Walzenpaare zu gleicher Zeit.

Die Bedienung der Drahtwalzenstraßen erfolgte früher ausschließlich und auch heute noch stellenweise von Hand. Dabei focht ein Arbeiter das vordere Ende des Drahtes in das erste Walzenpaar. Ein jenseits des letzteren stehender Arbeiter greift dasselbe auf, wirft es in einer Schleiße herum und focht es dann sofort zwischen die nächsten Walzen. Sobald es hier auf der anderen Walzenreihe herankommt, wird es von dem ersten Arbeiter gefaßt und der dritten Walze zugeführt usw. Dabei hat der ganze Draht das erste Walzenpaar noch nicht durchlaufen, jedoch er ist schon von 5 bis 6 oder noch mehr Walzenpaaren gleichzeitig bearbeitet wird. Erst er aus dem letzten Walzenpaar hervor, so wird er auf einer Trommel befestigt und auf dieser aufgewickelt. Die Bedienung der Drahtwalzen erfordert große Aufmerksamkeit und ist nicht ohne Gefahr für die Arbeiter. Man ersieht die letztere deshalb auch hier immer mehr durch Maschinen und mechanische Vorrichtungen. Die Umföhrung des Drahtes von einem Walzengang in den anderen erfolgt dabei gewöhnlich mittels besonderer Umföhrungsrollen, durch welche der Draht läuft, jedoch derselbe nirgendwo in den Arbeitsraum frei austritt und deshalb von ihm während seiner Scordierung kaum etwas zu sehen ist.

Was dem Walzwerk kommt der Draht in die Drahtzieherei, um in dieser bis auf die gewöhnliche Stärke ausbezogen zu werden. Zu diesem Zwecke wird der Walzdraht noch und noch durch eine größere Zahl in Stahlschichten angeordnete, immer kleiner werdende Lächer hindurchgezogen, welche letztere als Drahtzieher bezeichnet werden. Man unterscheidet dabei Grobzieher, Mittelzieher und Feinzieher, wobei die Mittelzieher noch wohl wieder in Mittelzieher und Mittelfeinzieher eingeteilt werden. Die Grobzieher arbeiten bis zu etwa 3 Millimeter abwärts, die Mittelzieher bis 1,5, die Mittelfeinzieher bis 0,5 und die Feinzieher bis 0,25 Millimeter und noch weiter herunter. Allerdings ist die Begrenzung zwischen den einzelnen Lägen meistens eine etwas andere. Derselbe richtet sich nämlich nach örtlichen Gegebenheiten. Der Beginn des Ziehens muß bei stets von einer Rohzieher, dem sogenannten Grobzieher, überzogene Walzdraht erst im letzten Schritt werden, da andererseits die Ziehrollen zu

sehr leiden. Die Drahtrollen werden zu diesem Zwecke in erhöhter Schwefelsäure gebeizt, darauf in Kalkmilch getaucht und dann auf Polsterbänken, unter gleichzeitigem kräftigem Ueberbrausen mit Wasser, oder in rotierenden Trommeln, von der Oberfläche befreit. Darauf beginnt das Ziehen auf den Grobziegen. Der Draht wird an seinem Ende angefaßt, durch die größte Ziehöffnung gesteckt, von einer Jange gefaßt und durchgezogen und dann auf eine Trommel gewickelt. Hat der Draht alle Grobziege durchlaufen, so wird das Ziehen in den Mittel- und Feinziegen bis zu den gewünschten Mäßen fortgesetzt.

Durch das Ziehen erleidet der Draht infolgedessen eine Veränderung, als seine Oberfläche hart wird und in seinem Innern Spannungen entstehen, wodurch er brüchig wird. Um ein Reißen des Drahtes zu verhindern, muß er deshalb von Zeit zu Zeit geglättet werden, worauf dann, da sich dabei stets eine Oxydationshäute bildet, jedesmal wieder ein Abziehen und Abglühern erforderlich werden. Bei den Grobziegen kann der Draht in der Regel immer nur durch eine Ziehöffnung gezogen werden. Dünnerer Drahtnummern dagegen gehen in einem Zuge gleichzeitig durch mehrere Ziehrollen. Ist das zu bearbeitende Material weich und zäh, so kann bei den Feinziegen die Zahl der gleichzeitig durchlaufenen Ziehöffnungen wohl gar bis auf 10 vermehrt und damit der Arbeitsgang wesentlich vereinfacht und beschleunigt werden. Nach Fertigstellung des Drahtes wird derselbe noch Erforderns nochmals geglättet, gebeizt, blank geglättet und auch wohl getempert, um dann als fertige Handelsware auf den Markt zu gelangen.

Eine besondere Behandlung verlangen die zu den feinen Feinziegen benutzten feinen Gold- und Silberdrähte, welche in Stärken bis zu 0,02 Millimeter abwärts gezogen werden und nicht selten bis zu 100 und mehr Ziehrollen nacheinander zu passieren haben. Dabei sind die gewöhnlichen Ziehrollen nicht mehr zu verwenden. An ihre Stelle treten Diamanten, in welche feine als Ziehöffnungen dienende Löcher gebohrt sind. Auf ähnliche Weise werden neuerdings auch die Glühfäden für die Metallfadenlampen durch Ziehen mittels Diamanten hergestellt.

rigen Preises entspricht dann nicht mehr der oben dargelegten Bildung. Allen Verfassungen der Verschleierung gegenüber muß aber doch mit allem Nachdruck betont werden, daß derartige Fälle Ausnahmefälle sind, Ausnahmefälle sein müssen, soll der Zweck des Schutzes erreicht werden. Sein Zweck ist eine Verteuerung der Produkte im Inland gegenüber dem Weltmarktpreis herbeizuführen. Erst wenn dieses tatsächlich geschieht, hat die Industrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz so günstige Bedingungen, daß sie wenigstens ohne Furcht vor dieser sich entwickeln kann. Weil das Schutzollsystem der ganzen heimischen Volkswirtschaft schwere Opfer auferlegt, kann es aber auch nicht als ein dauerndes gedacht sein. Das ist und war der vornehmste Zweck der Schutzölle, sich selbst überflüssig zu machen, die geschützte Industrie so zu kräftigen, daß sie eines Schutzes nicht mehr bedarf.

So einfach die Formulierung dieses Zweckes auch ist, so schwer wird es sein, die Entscheidung zu treffen, ob und wann dieser Zeitpunkt gegeben ist. Die verschiedenen widerstrebenden Interessen tragen auch nicht dazu bei, die Frage mit Ruhe und Klarheit nur unter dem Gesichtspunkt der objektiven Wahrheit zu behandeln. Die geschützte Industrie will des Schutzes nicht entbehren, der ihr so viele Vorteile gebracht hat, auch wenn sie das nach Lage der Sache wohl könnte; umgekehrt aber sind die Kreise, die aus ihrer Interessensphäre heraus dem Freihandel anhängen, auch nicht gerne geneigt, die tatsächlichen Bedürfnisse der Industrie anzuerkennen. Die ganze Frage wird noch komplizierter durch den Umstand, daß das Verhalten des Auslandes nicht ohne Einfluß auf die eigene Handelspolitik sein kann.

Würden in einem Lande durch den Freihandel dem Auslande neue Absatzquellen eröffnet, so würde letzteres sicher mit allen Mitteln versuchen, die heimische Produktion zu vernichten. Es könnte mit ruinösen Preisunterbietungen um so eher vorgehen, als es ja selbst keine Industrie, wie es tatsächlich bei den meisten Staaten der Fall ist, in ausgiebigem Maße vor der fremden Konkurrenz schützt. Die Möglichkeit aber, die eigenen Produkte im Inlande zu hohen, sehr vorteilhaften Preisen abzusetzen, läßt eine Industrie in einer solchen Lage den Wirtschaftskampf mit Konkurrenzpreisen führen, denen die heimische Industrie nicht mehr standzuhalten vermag. Die fremde Industrie kann das, weil den wenig oder gar keinen Vorteil gemährenden Preisen in dem betreffenden Ausland hohe, sehr vorteilhafte Preise im eigenen Inland gegenüberstellen. Auf die Dauer natürlich wäre ein solcher Zustand unhaltbar. Es ist aber tatsächlich keine Gefahr, daß er allzu lange dauert.

Die Tarifpolitik geht heute allgemein darauf hinaus, die Konkurrenz erst zu vernichten und dann mit um so härteren Bedingungen aufzuwarten. Dann muß das Land, das um eines augenblicklichen Vorteils willen seine Industrie der Vernichtung preisgegeben hat, selber hülfen. Einmal zur Macht gekommen, wird die ausländische Industrie nicht mehr so leicht vertrieben werden, sie wird jedes Entstehen einer bedeutenden heimischen Industrie mit den gleichen Mitteln zu verhindern wissen, mit denen sie ihren Sieg erlangt hat. Preiskampf ist übrigens nicht das einzige Mittel, ihr stellt sich würdig zur Seite der unaufrichtigen Ankauf bedeutender heimischer Werke. Sind diese in Privatbesitz, so wird der einzelne kaum dem hohen Angebot widerstehen können, ist es eine Aktiengesellschaft, vollzieht sich der Ankauf noch leichter. Das letztgenannte Mittel ist weit gefährlicher als das erste, denn vor ihm kann auch eine weitgehende Schutzollpolitik nicht schützen. Um diese Abhängigkeit zu verhindern, müssen andere viele kompliziertere, in ihrer Wirkung unsichere Gegenmittel angewendet werden.

Die Aenderung der Schutzollpolitik — und das gilt für Agrar- wie Industriezölle — gestaltet sich aber noch in anderer Hinsicht sehr schwierig. Es ist Aufgabe des Staates, die Abhängigkeiten für die genannten Erwerbszweige im Ausland möglichst günstig zu gestalten. Nun ist heute der Zustand so, daß alle Länder mit Ausnahme Englands, ihre Grenzen durch hohe Schutzölle vor der Einfuhr fremder Produkte abschließen. Dieser Tatsache steht aber ihr Interesse gegenüber, in eben so geschützten Ländern den Absatz der heimischen Produkte zu fördern. Jedes Land hat Produkte, in denen es auf die Ausfuhr angewiesen ist. Der heimische Markt ist zu klein im Verhältnis zur Produktionsfähigkeit. In einem solchen Falle dient dann die eigene Schutzollpolitik als Mittel, die erstrebte Einfuhrmöglichkeit zu erreichen. Ein Land, das keine eigenen Schutzölle hat, ist nicht in der Lage, einem anderen Vorteile zu bieten, unter der Bedingung, daß ihm selbst wieder solche gewährleistet werden. Hat ein Land den Freihandel, kann es einem anderen keine Zollermäßigung zugestehen gegen eine entsprechende Vergünstigung. Die Handelsverträge beruhen auf dem Prinzip: ich gebe, damit du gibst! „Die Handelsverträge sind Vereinbarungen zwischen zwei oder mehreren Nationen zur Regelung ihrer gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen.“ Diese Begriffsbestimmung von der Sorgnis gibt ganz allgemein das Wesen der Handelsverträge an. Ueber ihre Einrichtung und ihre besondere Gestaltung soll ein weiterer Aufsatz Aufschluß geben.

Zum Gewerkschaftsstreit

Der Streit, der durch den Brief des Kardinals Ropp an den Grafen Oppersdorff entstanden ist, hat eine Wendung genommen, welche unseren Gegnern das Konzept gründlich verdirbt. Kardinal Ropp hat zur Berichtigung seines Briefes an Oppersdorff folgende öffentliche Erklärung abgegeben:

„Breslau, 2. Febr. 1914. Bei einer Vergleichung der Akten des Herrn Bischofs von Paderborn mit den meinigen hat sich ergeben, daß ich der mir nur zur Kenntnisnahme am 20. November 1912 eingesandten Interpretation am 21. November 1912 freiwillig beigepflichtet habe, und daß ich aus freier Entschliebung sie am 22. November 1912 dem Bischof von Paderborn gegenüber als eine solche bezeichneter, von der die Gewerkschaftsführer in Essen erklären konnten, sie wüßten sich in bezug auf die in Uebereinstimmung mit den Bischöfen. Bei dieser Sachlage erkenne ich nachträglich, daß mein Brief an den Herrn Bischof von Paderborn vom 1. Dezember 1912 nicht diejenige Bedeutung haben konnte, die ihm in meinem Briefe an den Herrn Grafen von Oppersdorff beigelegt worden ist. Es hätte eine Zurücknahme meiner Entschliebung vom 22. November 1912 vor dem Episkopat als solchem bedurft. Ich kann versichern, daß ich mit meinem Brief an den Grafen von Oppersdorff den Herrn Bischof von Paderborn in keiner Weise

habe verletzten noch in irgend welche Angelegenheiten habe bringen wollen. Kardinal Ropp.“

Am dem Ergebnis des Kölner Prozesses, daß die christlichen Gewerkschaftsführer kein Doppelspiel getrieben haben und sich nicht um einen Judaslohn verkauft, kann also nicht gerüttelt werden. Das müßten eigentlich auch die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ und der „D. D. „Regulator“ zugeben. Sie wollen das aber nicht. Beide Blätter veröffentlichten in ihrer letzten Nr. wohl den Brief des Kardinals Ropp an den Grafen Oppersdorff; seine Briefe an den Abgeordneten Porsch aber wurden glatt verschwiegen, ebenso die Erklärungen des In Paderborn erscheinenden „Westf. Volksblattes“. Das Urteil über eine solche Art Journalistik kann man getrost der Öffentlichkeit überlassen. Ob beide Blätter die oben abgedruckte Erklärung des Kardinals ihren Lesern nicht ebenfalls verschwiegen, bleibt abzuwarten. Es ist allerdings wenig Hoffnung vorhanden, daß sie die Erklärung veröffentlichen. Denn die soz. „Metallarbeiterzeitung“ hat auf die ihr von uns nachgewiesene Fälschung der protokollierten eiblichen Zeugenaussage mit keinem Wort reagiert. Und der „Regulator“ fiel mal wieder in Ohnmacht über den „Ton“, in dem wir seine Journalistik über den Kölner Prozeß brandmarkten. Sich mit Preßergebnissen herumzuschlagen, die die Dinge tendenziös zurechtstutzen und vor offensichtlich Fälschungen nicht zurückschrecken, hat keinen Zweck. Statt dessen sei kurz und knapp festgestellt, was die jüngste Kampagne gegen die christlichen Gewerkschaften ergeben hat:

1. Die christlichen Gewerkschaftsführer haben kein Doppelspiel getrieben und auch keinen Judaslohn eingestekt.
2. Die Anregung, zur Enzyklika Singulari Quadam eine Interpretation herauszugeben, ging nicht von den christlichen Gewerkschaften aus.
3. Kardinal Ropp hat selber den Vorschlag gemacht, die vom Bischof Dr. Schulte ausgearbeitete Interpretation als solche der von ihm als Vorsitzenden vertretenen Fuldaer Bischofskonferenz auszugeben, und Kardinal Ropp hat diese Interpretation selber an die anderen Bischöfe versandt.
4. Kardinal Ropp hat die Interpretation nicht zurückgezogen, folglich besteht sie auch heute noch zu recht.

Diese Tatsachen sind offenkundig vor aller Welt festgestellt worden in den Verhandlungen vor dem Kölner Schöffengericht und die obenstehende Erklärung des Kardinals Ropp vom 2. Februar 1914 bestätigt sie.

Die christlichen Gewerkschaften sind eine durchaus selbständige, berufswirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter. In den Mitgliedern liegt es, sie weiter zu stärken, ihr weitere Scharen zuzuführen, damit die Interessen der Arbeiter wirksam vertreten werden können. Und letzteres ist nötiger denn je. Die wirtschaftliche Lage vieler, vieler Arbeiter ist durchaus verbesserungsbedürftig. Was zu tun ist und wie es verwirklicht werden kann, hat der 3. Deutsche Arbeiterkongress gesagt. Darum schließt die Reihen! Vor die Front zur Verbearbeit: Vereinter Kraft gelingt!

Was einer nicht zustande bringt!

Jetzt ist es genug!

Das ist die Stimmung in den weitesten Kreisen. Deutlichen Ausdruck fand diese Stimmung in einer am 8. Februar in Bochum erfolgigen Kundgebung katholischer Arbeiter. Mehr als tausend Vertreter der katholischen Arbeiter aus Rheinland-Westfalen hatten sich eingefunden. In drangvoll fürchterlicher Enge harrten sie aus im großen Saale der Bürgergesellschaft, die gekommen waren aus: Bonn, Köln, Mülheim (Rhein), Düren, Stolberg, Aachen, M. Gladbach, Krefeld, Düsseldorf, Duisburg, Mülheim (Ruhr), Hamborn, Essen, Gelsenkirchen, Waane, Herne, Recklinghausen, Haltern, Münster, Hamm (Westf.), Lippstadt, Hagen, Elberfeld usw.

Arbeitersekretär Klost leitete die imposante Kundgebung. Arbeitersekretär Gilling als Referent gab der herrschenden Stimmung: Jetzt ist's genug! kräftigen und bereiten Ausdruck. Seine Ausführungen wurden lebhaft unterstrichen von Richter-Bochum, Leiper-Hagen, Weyer und Soos-M. Gladbach, Wieber-Duisburg Stegerwald-Köln u. a. m.

Die Vertreterversammlung gab ihrer Meinung Ausdruck in folgender einstimmig angenommenen Resolution:

„Seit mehr als einem Jahrzehnt werden die zu den christlichen Gewerkschaften haltenden katholischen Arbeiter in ihren wirtschaftlichen und sozialen Organisationsbestrebungen durch Kreise, die selbst die Mißstände und Ungerechtigkeiten im Arbeitsverhältnis nie praktisch durchgesetzt haben, unausgesetzt gestört und beunruhigt. Für klar zutage liegende soziale Schäden, für die Verteidigung unentbehrlicher Rechte der Arbeiter fehlt ihnen jedes Gefühl. Während sie an der Organisationspolitik der übrigen Stände unbekümmert vorübergehen, konstruieren sie ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiter und ihre Organisationen. Eine große Menge Arbeitsfreudigkeit ist durch die fortwährenden Quälereien unter dem strebsamen Teil der katholischen Arbeiter zerstört worden; eine unsägliche Erbitterung hat sich in den breitesten Kreisen der Vertrauensleute festgesetzt.“

Gegen diese Treibereien erheben die Versammelten als die Delegierten katholischer Arbeiter aus ganz Westdeutschland lauten und schärfsten Protest. Sie haben es gründlich satt, es empört und erbittert sie, neben ihrer harten und beschwerlichen Organisationsarbeit sich unausgesetzt von Sozialdemokraten mit Waffen bekämpft zu sehen, die aus dem integralen Lager fort und fort geliefert werden.

Der seit Jahren sich stets verschärfende Kampf droht mit jedem Tage neue und größere Verwüstungen anzurichten und das katholische Deutschland auf die Dauer in ein Trümmerfeld umzuwandeln, wenn kein Einhalt geboten wird.

Die Treibereien einer Gruppe von Querstreibern erschöpfen sich nicht mehr in der Arbeiterorganisationsfrage, sie haben sich zu einem Skandal für das gesamte katholische Deutschland ausgemacht. Die katholischen Arbeiter haben zu allen Zeiten mit ihren übrigen Glaubensgenossen in Deutschland im öffentlichen Leben zur Verteidigung der katholischen Ideale Schulter an Schulter gekämpft. Die Versammelten erwarten, daß darum auch das gesamte katholische Deutschland sich nunmehr erhebt und klar und deutlich ausspricht, daß es diese Treibereien verabscheut, daß jetzt endlich Schluß gemacht werden muß. Führer und Volk müssen sich vereinigen in dem Gedanken, daß jetzt genug ist des graufamen Spiels, daß die vielseitigen Aufgaben des katholischen Volkestils eine weitere Störung nicht mehr dulden. Den rassisten Anklagen und Regierungen, den Totengräbern unserer Einigkeit und Latkraft weisen wir einfach die Tür. Ein gemeintames Raten und Laten mit ihnen ist unmöglich.

Wer ständig uns in den Rücken fällt, kann nicht in unseren Reihen stehen. Da gibt's keine Gemeinschaft, solange dieses Treiben anhält.“

An die Funktionäre, Ausschuß- und Vorstandsmitglieder der Krankenkassen

Die Krankenversicherung der Dienstboten

Ist am 1. Januar 1914 in Kraft getreten. Von diesem Tage ab sind überhaupt alle in den Haushaltungen beschäftigten Personen wie Dienstmädchen, Kinderfräulein, Stützen, Hausdamen, Erzieherinnen, Aufwärterinnen, Boten, Botinnen, Kutsher, Diener, Portier, Krankenversicherungs-pflichtig geworden. Wie bei der Einführung aller Neueinrichtungen, besonders wenn sie mit Kosten verbunden sind, machen sich aktive und passive Mißstände und Unklarheiten bei den Beteiligten bemerkbar. Bei der Einführung der zwangswelken Krankenversicherung ist es vor allem ein Teil der Hausfrauen bezw. Herrschaften, die sich mit der neuen Einrichtung nicht abfinden wollen, und bel den zu versichernden Dienstboten und sonstigen Hausangestellten herrscht über die Rechte und Pflichten, die die neue Reichsversicherungsordnung ihnen bringt, Unklarheit, die sich teilweise bis zur Verständnislosigkeit steigert. Hinzukommt noch an vielen Stellen die lebhafteste Agitation der sogenannten Dienstboten-Krankenversicherungsvereine, die den Herrschaften gut zu reden, Mitglieder zu werden, oder wie bisher zu bleiben, und sich auf Grund der Paragraphen 418 ff. und 435 der RVO. die Befreiung ihrer Dienstboten von der Versicherungspflicht zu erwirken.

Diese Art der Lösung der so wichtigen Frage liegt aber weder im wohlverstandenen Interesse der Herrschaften noch der Dienstboten und Hausangestellten.

In Nr. 7 der „Sozialen Praxis“ vom Jahre 1913 erörtert Felix Claus in durchaus zutreffender Weise zunächst die Gründe die den Dienstboten klar machen, warum ihre Versicherung bei der zuständigen Ortskrankenkasse am besten ist; er sagt:

„Daß die Dienstboten-Krankenversicherungsvereine im allgemeinen mit geringeren Beiträgen auskommen werden, wie die Ortskrankenkassen, hat seinen Grund darin, daß die Dienstboten durchweg sehr günstige Versicherungsriskiken darstellen, das heißt die Wahrscheinlichkeit der Erkrankung eines Dienstboten und der dadurch notwendig werdenden Aufwendungen der Krankenkasse ist geringer als bei den übrigen Versicherten.“

Würde es sich nun bei den städtischen Dienstboten um einen Stand handeln, dem der einzelne während des überwiegenden Teiles seines Lebens angehört, so würde allerdings der Einwand zutreffend sein, daß es nicht gerechtfertigt ist, wenn in der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Dienstboten mit ihren günstigsten Versicherungsriskiken die ungünstigen Versicherungsriskiken der übrigen Arbeitergruppen mittragen helfen.

Da aber die Tätigkeit als Dienstbote für den weitaus überwiegenden Teil der weiblichen Dienstboten nur eine kürzere oder längere Zeit währt und der allergrößte Teil der weiblichen Dienstboten sich verheiratet, während ein weiterer ebenfalls nicht unbedeutlicher Teil zur Industriellen oder einer sonstigen versicherungspflichtigen Tätigkeit übergeht,

da es ferner im ureigensten Interesse der Dienstboten liegt, daß sie nach ihrer Verheiratung ihre Krankenversicherung freiwillig fortsetzen, dies aber nur in den Ortskrankenkassen möglich ist,

und da endlich auf eine freiwillige Fortsetzung der Versicherung der weiblichen Dienstboten nach ihrer Verheiratung nur dann mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, wenn sie zur regelmäßigen Beitragsleistung bereits erzogen sind, so liegt es im wohlverstandenen Interesse der Dienstboten selbst, daß sie auch in der Zeit, in der sie günstige Versicherungsriskiken darstellen, den allgemeinen Ortskrankenkassen angehören.

Über nicht nur die Erziehung zur regelmäßigen Beitragsleistung ist für den Dienstboten das Wertvolle, wenn er Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist, sondern auch das Bewußtsein, daß er dem großen sozialen Organismus eingegliedert ist, daß er durch sein Stimmrecht bei den Rassenwahlen einen bestimmten Einfluß auf die Organe der für die weitesten Volkskreise wichtigsten Selbstverwaltungskörper ausübt.

In überzeugender Weise macht Claus auch den Herrschaften klar, daß es von höheren und auch von praktischen Gesichtspunkten aus betrachtet für sie besser ist, ihr Hauspersonal der zuständigen Krankenkasse zuzuführen und sich nicht befreien zu lassen, da diese Befreiung bezw. der Beitritt zu einem Krankenversicherungsverein mit unangenehmen Begleitererscheinungen verknüpft sein kann; er führt u. a. aus:

„Die Dienstherrschaften, die unsere soziale Versicherung fördern wollen, sollten deshalb dort, wo die Dienstboten den Allgemeinen Ortskrankenkassen angehören können, sie auch in diesen versichern, und sie nicht von der Versicherungspflicht befreien lassen. Für sehr vorläufige Leute dürfte sich dies übrigens auch aus dem Grunde empfehlen, weil die Vereinsmitglieder zu einem Nachschuß verpflichtet sind, falls die Ausgaben des Vereins die Einnahmen übersteigen und die Rücklage aufgebraucht ist.“

Hinzukommt noch, daß ein großer Vorteil bei den bisherigen Versicherungsvereinen, nämlich der Wegfall der Meldepflicht beim Wechsel der Dienstboten, bei den neuen Versicherungsvereinen nicht mehr existiert, ja, es muß sogar bei jedem Dienstbotenumwechsel erneut der Antrag auf Befreiung des Dienstboten von der Versicherungspflicht gestellt werden, d. h. aber nichts anderes, als daß die Dienstherrschaft bei jedem Dienstbotenumwechsel erneut den Nachweis zu führen hat, daß sie als leistungsfähig zur Deckung der durch die etwaige Erkrankung des Dienstboten entstehenden Aufwendungen gilt, für Verka also, daß beispielsweise ihr Jahreseinkommen noch 4500 Mark oder, beim Vorhandensein eines Vermögens von 6000 Mk. wenigstens 4000 Mk. beträgt. Wenn diese Prüfung genau durchgeführt wird — und das sollte im finanziellen Interesse des Vereins doch der Fall sein — so bieten sich hier vor allem dem kleineren Mittelstande recht angenehme Ansichten.“

Die Hausfrauen, denen ja die Meldepflicht gegenüber der Kasse in der Regel obliegt, werden sich mit der Zeit wohl daran gewöhnen, ebenso auch an die Formalitäten, die nun einmal bei Inanspruchnahme der Leistungen der Krankenkasse unumgänglich sind. Sie werden dieses um so leichter, wenn die

Krankenkassen in ausgedehnten Gemeinden für die Einrichtung von Meldestellen in den verschiedenen Stadtteilen sorgen und sich bestreuen, das Verfahren zu vereinfachen und den Verhältnissen anzupassen. Die Hausfrauen sind außerdem ja auch berechtigt, dem Personal zwei Drittel der Beiträge vom Lohn abzuziehen und das Krankengeld auf den Lohn umzurechnen und sie befreien sich durch die Versicherung von jedem Risiko.

Genau betrachtet, muß man anerkennen, daß die gefährdete Neuregelung notwendig und dankenswert ist für Dienstboten und Herrschaften. Es ist also dringend mühsames Wert, daß überall dort, wo keine Landkrankenstellen bestehen, die Herrschaften die Dienstboten in den Ortskrankenstellen versichern und sich nicht von der Versicherungspflicht befreien lassen. Dankenswert wäre es auch, wenn die Herrschaften den Lohn der Dienstboten um den Betrag des Versicherungsanteils der Dienstboten erhöhen.

Wichtig unterer Funktionäre und Kollegen in den Ausschüssen und Vorständen der Krankenkassen aber ist es, in ihren Bezirken unter der blenden Frauenwelt, bzw. in den Kreisen der Hausangestellten, ebenso aber auch bei den Hausfrauen und Dienstherrschaften Aufklärung zu schaffen über die Notwendigkeit und Wohlthat der Zwangsversicherung in den Krankenkassen. Das genügt allein aber noch nicht, vielmehr muß diesen Kreisen auch die Technik und das Verfahren bei der Anmeldung und bei Inanspruchnahme der Leistungen der Kassen nahe gebracht werden. Wir dürfen aus guten Gründen diese Arbeit keinesfalls dem sozialdemokratischen Gegner überlassen. Die Aufklärung kann geschehen in den örtlichen Frauen- und Jungfrauenvereinen, Kongregationen etc., wenn möglich von dazu befähigten weiblichen Personen selbst, anderfalls von dazu geeigneten christlich gesinnten Kollegen. Die näheren Bestimmungen über Anmeldung, Art der Beitragszahlung, Leistungen der Kassen und Verhalten in Krankheitsfällen usw. sind bei den zuständigen Kassen zu erfahren, von denen jede ihre eigene Sägung hat.

Allgemeine Rundschau

Eine dringliche Aufgabe

Es geht mit Riesenschritten auf Ostern zu. Wie der Frühling ungezählte Scharen gefiederter Sänger mitbringt, so tritt alljährlich zu Ostern ein neues großes Heer von Schulentlassenern hinaus in den rauhen Daseinskampf. Seit den letzten Jahren sind diese Scharen junger Leute, vor allem auch die jugendlichen Arbeiter viel umworbener und Mittelpunkt der mannigfaltigsten Bestrebungen. Die sozialdemokratische Jugendagitation schwillt von Jahr zu Jahr an. Ueber 100 000 Leser sind bereits für die sozialdemokratische „Arbeiterjugend“ gewonnen. Diese Leserschaft hat viele Männer im nationalen, bürgerlichen Lager aufgerüttelt und auf den Plan gerufen. Viele davon hatten bis dahin der Jugendpflege so gut wie gar keine Bedeutung beigegeben, glaubten aber doch, nun sofort alles nach ihrem Kopf und ihren Ideen gestalten zu können. Ohne sich um die langjährigen Erfahrungen bewährter Jugendfreunde und bewährter Organisationen, besonders der konfessionellen, zu kümmern, wurden neue Organisationen geschaffen, Schlagworte geprägt, die von grundfalschen Voraussetzungen unter Missachtung der elementarsten pädagogischen Grundsätze ausgingen. So entstand die nationale Jugendbewegung in ihrer Vielgestaltigkeit und Zerstückelung, wie sie sich in der Jugendzeitung, Vortrupp-, Pfadfinder-, Wandervogel- und ähnlichen Bänden zeigt. An die Stelle, weicher, erzieherischer Grundsätze und zweckentsprechender geistiger und sittlicher Erziehung tritt als oberster Leitfaden das Schlagwort von der „körperlichen Erziehung“, anstelle der Betonung des Standesbewußtseins und überzeugter Vaterlandsliebe, bürgerlicher Hurratriotismus. Dazu kommt, daß nicht selten hinter all diesen Bestrebungen die Fänge der gelben „Jugendfreunde“ verborgen sind. Unter diesen Umständen kann die christlich organisierte Arbeiterschaft nicht müßig beiseite stehen. Da heißt es drauf und dran, damit nicht unsere Jugend auch noch in den Strudel gezogen wird und darin untergeht. Gemäß, auch der Arbeiterjugend soll ihr Recht auf Erholung und Zerstreuung nicht genommen werden. Im Gegenteil, wir freuen uns, wenn unsere Jungen mit frischgeernteten Wangen und leuchtenden Augen von Spiel und Sport nach Hause kommen. Ist es doch ein Erfolg unserer sozialpolitischen Arbeit, daß den jugendlichen Arbeitern dazu die nötige Zeit bleibt. Aber die Hauptaufgabe muß auch Hauptaufgabe bleiben, und das ist die berufliche und geistige Fortbildung sowie die wirtschaftliche Interessenvertretung. Diese finden die jugendlichen Metallarbeiter im christlichen Metallarbeiterverband. Schon jetzt müssen allerorts die Vorbereitungsarbeiten in die Wege geleitet werden, um zu Ostern eine systematische Verberbeitung unter den neu ins Arbeitsverhältnis eintretenden Jugendlichen zu organisieren. Es ist eine ernste Pflicht jedes Kollegen, vor allem auch der jugendlichen Mitglieder, sich zu dieser Arbeit zur Verfügung zu stellen. Stellt jeder an seinem Platz seinen Mann, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, und auch in diesem Jahre die Jugendkämpfe einen beträchtlichen Zuwachs erfahren. Diesen Dingen müssen all unsere Ortsgruppen- und Sektionsvorstände in der nächsten Zeit die größte Aufmerksamkeit schenken.

Ein Zwangsarbeitsanweis in Württemberg

Bisher ist Württemberg ersichtlichweise von Zwangsarbeitsanweisungen verschont geblieben. Die Sanierungsmächte in den übrigen Bundesstaaten haben aber anscheinend den Reiz des Verbotes Württemberg Metallindustrie nachgerufen und ihn zu einer gleichen Gründung veranlaßt. Diese Arbeitgeberorganisation hat im letzten Jahre durch den Beitritt einer Anzahl, zum Teil großer Firmen wie Bösch (Stuttgart) usw. ihre Position bedeutend gehärtet. Am 2. Februar erließ nun der Verband Württemberg Metallindustrieller in der Tagespresse folgende Bekanntmachung:

„Der Verband Württemberg Metallindustrieller E. V. eröffnet am 2. Febr. für seine Mitglieder im Industriebezirk Stuttgart-Östlingen einen eigenen Arbeitsnachweis in Stuttgart mit einer Nebenstelle in Östlingen, der nach dem in zahlreichen anderen Bezirken bestehenden des Gesamtverbandes deutlicher Metallindustrieller bewährten Muster eingerichtet ist. Der Arbeitsnachweis hat die Aufgabe, den Vereinsmitgliedern Arbeitskräfte zu vermitteln, wobei der Grundbesitz maßgebend ist, doch erst der Zahl der Arbeitsnachweiser der für die betreffende Stelle geeignete Arbeiter ausgeführt wird, sodas im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf jeden Fall der richtige Mann gestellt wird; außerdem soll er dem Verband den Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes ermöglichen. Die Benutzung des Arbeitsnachweises ist verbindlich; die Betriebe müssen ihren Bedarf an Arbeitskräften dem Nachweis anmelden und dürfen nur solche Arbeiter einstellen, die durch den Nachweis vermittelt sind, und die Arbeitsuchenden fragen ausnahmslos bei dem Nachweis um Arbeit an, sodas für sie kostenlos bei dem Nachweis zeitweilige und lästige Umfragen in den einzelnen Betrieben wegfällt. Beiden Seiten steht es jedoch vollständig frei, den vermittelten Arbeiter bzw. die angebotene Arbeit anzunehmen oder abzulehnen; in letzterem Fall wird ein anderer Arbeiter oder eine andere Stelle vermittelt. Die Vermittlung erfolgt für den Arbeiter vollständig kostenlos; der Nachweis ist daher als eine nicht gewerkschaftliche Stellenvermittlung im Sinne des Stellenvermittlungsgesetzes vom 2. Juni 1910 anzusehen. Da die neue Einrichtung sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitern wesentliche Vorteile bietet, so ist zu hoffen, daß sie sich rasch einleben und beiden Seiten zum Segen gereichen wird.“

„Nach „bewährtem Muster eingerichtet“ und wo „aus der Zahl der Arbeitsuchenden der für die betreffende Stelle geeignete Arbeiter ausgewählt wird.“ Das sind wohl die Hauptstellen der Bekanntmachung. Wenn die württ. Metallindustriellen in den feinerzeit entfalteten Praktiken des Mannheimer Arbeitgeberzwangsarbeitsnachweises ihr „bewährtes Muster“ erblicken, bei dem auf ganz besondere Art der „geeignete Arbeiter ausgewählt“ oder vielmehr ausgespart wurde, dann kann es nett werden. Für die Metallarbeiter gilt es gegenüber den Maßnahmen der Arbeitgeberorganisationen auf der Hut zu sein und durch Beitritt zum christl. Metallarbeiterverband Deutschlands für die Wahrung ihrer vitalsten Interessen bedacht zu sein. Unseren Mitgliedern soll es aber auch ein Mahn- und Weckruf sein, daß sie ihre ganze Kraft für die Stärkung unseres Verbandes einsetzen.

Eine unüberlegte Tat

Unter dieser Überschrift finden wir in der Westfälisch-Lippischen Volkszeitung folgende Nachricht:

„Der Zigarrenarbeiter Ernst Frölke aus Rehme war aus dem christlichen Verbands der Tabakarbeiter statutenmäßig ausgeschlossen, weil er den Beitrag für vier Wochen schuldig geblieben war. Als er jedoch von dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande übernommen wurde, hat er, um übernommen werden zu können, das Beitragsbuch gefälscht und die noch schuldenden Beiträge hinterzogen. Er erhielt von der Strafkammer wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug drei Wochen Gefängnis.“

Dazu bemerkt die christliche Tabakarbeiterzeitung: „Frölke war einer der Geleiteten des Gauleiters Schäfer vom roten Verband, als er feinerzeit den Schwindel verbreitete, in Wöhren sei eine Ortsgruppe unseres Verbandes zu den Roten übergetreten.“

Der Krefelder Färberstreik vor Gericht

Am 30. Januar kam in Kempen (Rhld.) ein Beleidigungsprozess zur Verhandlung, der den Krefelder Färberstreik noch einmal aufrollte. Angeklagt war der Weber Wälzkes, Vorsitzender der Filiale St. Annis des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Kläger waren Matthias Marquardt, Vorsitzender der Ortsgruppe St. Annis des christlichen Textilarbeiterverbandes und Wilhelm Marquardt, Geschäftsführer des christlichen Textilarbeiterverbandes in Krefeld. Wälzkes hatte mit Bezug auf den Krefelder Färberstreik von Matthias Marquardt in einer öffentlichen Versammlung behauptet, er sei für Fabrikanten für „Danke schön“ zu haben, er sei ein „Verwahrer“ und ein „Ferkel“. Von Wilhelm Marquardt hatte er in derselben öffentlichen Versammlung behauptet: „Er habe den Oberbürgermeister (von Krefeld) belogen, den Fabrikantenverband belogen und die eigenen Mitglieder beschwindelt. W. Marquardt habe dem Oberbürgermeister einen Brief, datiert vom 1. April 1913, überreicht des Inhalts, die im christlichen Textilarbeiterverband organisierten Färber seien bereit, unter bestimmten, im Brief näher bezeichneten Bedingungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn der Fabrikantenverband die Aussperrung aufhobe. Der christliche Textilarbeiterverband habe mit dem Briefe erreichen wollen, daß der Oberbürgermeister sich in der Generalsammlung des Arbeitgeberverbandes für die Aufhebung der Sperre einsetze. Der Brief sei dem Oberbürgermeister überbracht worden, bevor die christlichen Färber zu der Sache Stellung genommen und obwohl diese in einer Versammlung am 1. April mit übergroßer Mehrheit beschlossen hätten, den Streik fortzusetzen. Marquardt sei ein Arbeiterverräter und Streikbrecher.“

Diese, zuerst von der sozialdemokratischen „Volkstribüne“ in Krefeld in juristisch nicht fahbarer Form aufgestellten verleumderischen Behauptungen sind von der ganzen sozialdemokratischen Presse weiterverbreitet und in zahlreichen Reden und Flugblättern des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes immer wiederholt worden, obgleich der christliche Textilarbeiterverband ihre vollständige Unwahrheit mehr als einmal nachgewiesen hat. Diese Lügen mußte einmal ein Ende bereitet werden. Daß der sozialdemokratische Verband dem Prozesse eine große Bedeutung beimaß, geht u. a. daraus hervor, daß er mit der Vertretung des Beklagten den Berliner Rechtsanwalt und früheren sozialdemokratischen Abg. Heinemann beauftragt und einen umfangreichen Zeugenapparat aufgebieten hatte. U. a. waren geladen worden der vom christlichen Textilarbeiterverband entlassene und durch seine Broschüre gegen den Kollegen Schiffer weiteren Kreisen bekannt gewordene Köhling, jetzt Beamter von Sozis Canada in Berlin. Köhling war jedoch nicht erschienen. Der Prozess sollte die Verurteilung des christlichen Textilarbeiterverbandes andeuten und diesen gerichtlich bloßstellen. Aber das Gegenteil ist erreicht worden. Die Gerichtsverhandlungen bedeuten eine glänzende Rechtfertigung des christlichen Textilarbeiterverbandes und seiner Taktik im Krefelder Färberstreik. Die Behauptungen des Beklagten brauchen am Gericht Punkt für Punkt als elende Lügen und Verleumdungen zusammen.

Wie leichtfertig die Genossen mit der Ehre ihrer Mitmenschen umspringen, geht u. a. daraus hervor, daß der angeklagte Wälzkes bezüglich der Behauptungen über den Matthias Marquardt nicht einmal den Versuch der Beweisführung unternahm, sondern vor Eintritt in die Verhandlungen durch seinen Rechtsanwalt einen Vergleich: entbot, nach dem er die Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm, da er für sie keinerlei Unterlagen und Beweise habe. Er verpflichtete sich zurtragung der Kosten und zur Veröffentlichung des Vergleichs in der Presse.

Bezüglich der Behauptung über Wilhelm Marquardt wolle er den Wahrheitsbeweis antreten. Aber diese Beweisführung war möglichste garabozu blödsinnig. Nachdem erst ein

Teil der Zeugen vernommen worden war, bot er auch in dieser Sache durch seinen Rechtsanwalt einen Vergleich an, worin er erklärt, daß er durch die Beweishebung zu der Überzeugung gekommen sei, daß er seine Behauptungen nicht aufrecht erhalten könne und sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Er wolle die Kosten tragen und den Vergleich im Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes veröffentlichen. Da die Kläger an einer Verurteilung des Genossen kein Interesse hatten, sondern lediglich eine gerichtliche Klarstellung der ganzen Sache wollten, gingen sie auf den Vergleich ein.

Damit ist endlich mit vielen Lügen und Verleumdungen aufgeräumt, die lange Zeit hindurch von der sozialdemokratischen Presse über den christlichen Textilarbeiterverband verbreitet wurden.

Es ist gerichtlich festgestellt:

1. Daß der christliche Textilarbeiterverband niemals hinter dem Rücken seiner streikenden Mitglieder gehandelt, sondern stets alle Maßnahmen mit diesen gemeinsam besprochen und beschlossen hat.

2. Der Brief an den Oberbürgermeister von Krefeld ist erst dann abgeschickt worden, als die Färber im Sinne des Briefes beschloßen hatten. Die gegenteiligen Aussagen der Sozialdemokraten haben sich als unwahr erwiesen.

3. Der christliche Textilarbeiterverband hat im Krefelder Färberstreik kein Doppelspiel getrieben. Er ist mit dem Verband Deutscher Textilarbeiter so lange gemeinsam vorgegangen, als er es mit seinen gewerkschaftlichen Grundfäden und den Interessen der Arbeiter meinte vereinbaren zu können. Als der christliche Verband dann allein vorging, hat er das der gegnerischen Organisation offen und klar gesagt und begründet.

4. Es ist zugeeignet festgestellt worden, daß selbst Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes die Weiterführung des Streiks für verfehlt hielten und sachlich den Standpunkt der christlichen Führer teilten. Aber sie glaubten gegen die Stimmung der Färber nicht angehen zu können.

5. Es ist zugeeignet festgestellt worden, daß im Wuppertale, in Süddeutschland und der Schweiz von Mitgliedern des „freien“ Textilarbeiterverbandes Streikarbeit gemacht worden ist.

Der ganze Verlauf des Prozesses bedeutet für den christlichen Textilarbeiterverband und seine Taktik eine vollständige Rechtfertigung. Der sozialdemokratische Verband hat sich dabei keine Vorbeeren geholt.

Gerichtlich als Lügen gebrandmarkt

Ueber den Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter haben die Genossen in den letzten Jahren die tollsten Unwahrheiten verbreitet. Durch den Kölner Gewerkschaftsprozess ist neben anderen Unwahrheiten auch die von sozialdemokratischer Seite beharrlich aufrecht erhaltene Behauptung widerlegt worden, daß geheime Abmachungen mit den Bergbauunternehmern beständen, die das Verhalten des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter beim Streik von 1912 beeinflusst hätten. Mit dieser Unwahrheit hat der Kölner Prozess gründlich aufgeräumt. Jetzt ist noch eine weitere Behauptung gegen den Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter gerichtlich aufgeklärt worden. Seit der letzten Bewegung im Saarbergbau wurde von sozialdemokratischer Seite systematisch das Märchen verbreitet, der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter habe dem preussischen Handelsminister bindende Versprechungen abgegeben, die einem Verzicht auf das Streikrecht gleich kämen. Diese Behauptung war von sozialdemokratischer Seite auch in die „Frankfurter Zeitung“ lanziert worden und hat diesem Blatt eine gerichtliche Verurteilung eingetragen. In einem Beleidigungsprozess gegen den Hirsch-Dunkerschen Bergarbeitervorsitzenden Schmidt in gleicher Angelegenheit wurde der Staatssekretär Delbrück vor dem Amtsgericht in Alt-Moabit als Zeuge vernommen. Der Staatssekretär sagte aus, daß er sich nicht entsinnen könne, daß ihm ein solches Versprechen gemacht worden sei. „Ein derartiges Versprechen wäre aber politisch von so großer Bedeutung gewesen, daß ich mich wohl daran erinnern würde, wenn es mir in irgend einer Form gegeben worden wäre. Ich habe übrigens im Handelsministerium Erkundigungen eingezogen und festgestellt, daß auch dort von einem solchen Versprechen nichts bekannt ist. Auch aus den Akten haben sich keinerlei Anhaltspunkte ergeben, daß irgendwelche derartige Verhandlungen stattgefunden haben.“ Mit der vorstehenden Aussage des Staatssekretärs dürfte auch diese Behauptung gegen den Gewerkeverein, er habe versprochen, nicht zu streiken, endgültig aus der Welt geschafft sein.

Aus dem gelben Sumpf

Trotzdem die gelbe Bewegung noch verhältnismäßig jüngeren Datums ist, hatte die Deffentlichkeit schon sehr oft Gelegenheit, sich mit der Korruption und dem Zank und Streit im gelben Lager zu beschäftigen. Die Berliner Gelben liegen sich mit den Essenern schwer in den Haaren. Im Lager der Hamburger Gelben ist jetzt auch ein heftiger Bruderkrieg ausgebrochen, der in der Deffentlichkeit wenig beachtet wurde. Ein gelbes Blatt, „Der Hamburger Hafnarbeiter“, Organ des Hamburger Hafnarbeitervereins, deckt in seiner Nr. 16 vom 16. Dezember 1913 einen überliefenden Sumpf aus dem gelben Lager auf. Da wird zunächst von einer Palastrevolution in dem „Nationalen (lies: gelben) Handwerksgehilfenverband“ (Lindenstraße 7—9) erzählt, die durch eine unverantwortliche Wirkschaft mit den Vereinsmitgliedern verursacht wurde. In der Zeit von Januar bis November seien insgesamt 16 000 Mark Einnahmen zu verzeichnen, darunter aber nur 2 229 Mark Mitgliederbeiträge. Von diesen Geldern sei im November nichts mehr da gewesen, obgleich den Einnahmen nur eine Ausgabe von 8 633,35 Mark gegenüber stehe. Diese Summe habe der erste Vorsitzende und der Schatzmeister allein für Gehälter und Spesen erhalten.

Für Beschaffung von Arbeitswilligen seien dem Vorstand von einem Arbeitgeber 1 100 Mark überwiesen worden (also die richtige Streikbrechervermittlung). Zwei Vorstandsmitglieder seien dieserhalb nach Leipzig und Chemnitz gefahren, hätten innerhalb 4—6 Tagen 728,50 Mark für sich verbraucht und sich dann noch von einem Hamburger Unternehmer dröhnlich 140 Mark schicken lassen, damit sie wieder nach Hamburg zurückfahren könnten. Wie es in diesen gelben Vereinen zugeht, sagt der „Hafnarbeiter“ mit folgenden Worten: „... Der Vorstand macht die Statuten, wählt sich selbst auf 5 Jahre, übernimmt die Regelung der Geldgeschäfte und nun heißt es ‚Michel zahle‘. Wenn dann kein Geld mehr da sei, würden die Unternehmer angebettelt.“

Ein Teil der Mitglieder dieses gelben Vereins trennte sich ab und gründete einen neuen gelben Verband. In einer Versammlung am 10. Dezember kam es zu einem ungeheuren

Krach, bei dem sogar die Polizei einschreiten mußte. Das genannte gelbe Blatt berichtet darüber:

„Gegen den Willen des Vorstandes und trotzdem dieser die Polizei zu Hilfe rief, wurde die ausgeschlossenen Mitglieder zugelassen und die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als die Versammlung einstimmig den famosen Vorstand absetzte und als Leiter der Versammlung die ausgeschlossenen Kollegen Fricke und Gängel wählte.“

Die abgesetzten Vorstandsmitglieder werden dann als die großen Kämpen verhöhnt, die den „Patriotismus zum Geschäft zu stampeln verstanden hatten.“ Am Schluß dieses veltfagenden Berichts heißt es noch wörtlich:

„Einer der Vorstandsmitglieder soll bereits verhaftet sein, ob der schlimmste und gefährlichste davon zur Zeit betroffen ist, entzählt sich unserer Beurteilung. Wir freuen uns, daß Arbeiter den Mut gefunden, sich rücksichtslos von Vampyren zu befreien, die ihre Tätigkeit und ihre nationale Gesinnung in den Augen jedes anständigen Menschen herabzuwürdigen verstanden haben.“

Möge das eine Warnung für die Arbeiter sein, ruft das gelbe Blatt zum Schluß aus. Dem können wir uns, und zwar mit Bezug auf den gelben Sumpf im allgemeinen, nur vollinhaltlich anschließen.

Integrale Quertreiber und Gelbe

Den Integralen Quertreibern ist bekanntlich jeder Bundesgenosse recht, den sie auf ihrem unrühmlichen Wege gegen die christlichen Gewerkschaften finden. Bekannt ist das Fluidum, das sie mit Genossenführern und der roten Presse verbindet; etwas Ähnliches spürt sich jetzt auch zwischen ihnen und den Gelben an. „Der Werkverein“, das Blättchen der Kruppischen Gelben (5/1913) entnimmt nämlich den Integralen „Petrusblätter“ (7. 1. 1914) eine Mitteilung, nach welcher die christlichen Gewerkschaften von 1906—1911 bei 629 283 Eintritten 485 157 Austritte zu verzeichnen hätten. Dazu meint das Blatt der Essener Gelben: „Wo sind diese Ausgetretenen hingekommen? So wurde schon damals in den „Petrusblättern“ gefragt und die Vermutung ausgesprochen, daß diese 485 000 die christlichen Gewerkschaften nur als Durchgangsstation benutzten.“

Der „Werkverein“ bemüht sich, „Material“ zur Lösung dieser Frage beizubringen; natürlich in seiner Art, die sich von der Berliner Konstruktion in nichts unterscheidet. Und man kann vom „Werkverein“ sagen: Wie die Integralen sich räusperten, wie sie spuckten, das hat der gelbe Werkverein ihnen glücklich abgucken! Gleiche Brüder, gleiche Kappen! Das Blatt orakelt: In den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband seien von 1910 bis 1912 nicht weniger als 2841 christlich organisierte Metallarbeiter übergetreten und bei den Holz- und Bergarbeitern usw. sei es nicht anders und holt dann zu folgender echt gelben Verdächtigung aus:

„Als sicher darf aber angenommen werden, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften nicht allzu weit von einer halben Million Mitglieder heute entfernt sein würde, wenn er es verstanden hätte, die gewonnenen Mitglieder zu halten, statt sie für die Sozialdemokratie reif zu machen.“

Falsch, Werkverein! Nicht die christlichen Gewerkschaften sind eine Vorfrucht der Sozialdemokratie, sondern das festeste Bollwerk gegen sie. Die Gelben, „Blutapfelsteinen“ aber sind von innen rot und von außen gelb. Beweis: Gewerbegerichtswahl in Essen und Augsburg; die Betriebskrankenkassenwahl auf der Weferwerf in den allerletzten Tagen hat dieses erneut bestätigt.

Im übrigen aber ist die verdächtigende Fragestellung der Integralen und Gelben durchaus unberechtigt; dafür einige Zahlen:

Beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband allein, stehen von 1908—1912 856 224 Eintritten 656 881 Austritte gegenüber. Wo, Integrale und Gelbe, sind die 656 000 geblieben? Ihr habt sie doch nicht bekommen, denn footel Berliner und Gelbe gibt es nicht und wird es auch nimmer geben auf beiden bewohnten Halbkugeln der Erde. Dafür sind die Arbeiter aller Zungen viel zu vernünftig.

Wie bemerkt das Geschwätz des Werkvereins bezüglich des Uebertrittes christlicher Gewerkschaftler zum roten Metallarbeiterverband ist, zeigen folgende Ziffern: Vom 1. Januar 1910 — seit dieser Zeit werden diese Ziffern in unserem Verbandsregister — bis zum 31. September 1913 sind insgesamt 3076 sozialdemokratische Verbändler in unseren Verband übergetreten. Die Uebertritte gleichen sich also fast aus. Das ist sicherlich kein schlechtes Zeugnis für uns. Wenn es dem soziald. Metallarbeiterverband, der größten Organisation der Welt, trotz des gewaltigen Agitationsapparates, der großen Mitgliederzahl unter Anwendung von brutalem Terror nicht gelang, aus unseren Reihen eine größere Zahl zum Uebertritt zu bewegen, als wir ihnen abknöpften, dann beweist dieses schlagend, daß die christlichen Gewerkschaften das festeste Bollwerk sind gegen die roten Klassenkämpfer. Die christlichen Gewerkschaften aber entmannen sich auch nicht selbst und verkaufen für ein Linsenmus ihr Koalitionsrecht. Nein, frei und aufrecht vertreten sie ihre berufswirtschaftlichen Interessen; so war's, so ist's und so bleibt's; trotz Integraler, Gelber und anderer Landsknechte der Scharfmacher.

Der noble „Regulator“

Der Hirsch-Dunkersche „Regulator“ fällt immer gleich in Ohnmacht, wenn ihm wegen seiner unnoblen Kampfweise auf die Finger geklopft wird. Das tut uns sehr leid, diemeil Ohnmachtsanfalle bei hysterischen alten Damen gefährliche Komplikationen ergeben können. Aus diesem Grunde haben wir dem Blatt schon manches durch die Finger gesehen. Aber alles kann man doch nicht aus Gesundheitsrücksichten für den Angreifer widerspruchlos einstecken. Namentlich dann nicht, wenn die bewußte Absicht der Verdächtigung klar zu Tage liegt. Und das ist wieder einmal der Fall in Nr. 5 des „Regulator“ in einer Notiz: „Wie Herr Wieber berichtet.“

Weil unser Verbandsvorsitzender am 10. Dezember 1913 dem „Reichsboten“ wegen einer irreführenden Wendung im Bericht des Blattes über den 3. Deutschen Arbeiterkongreß eine Berichtigung schickte, schießt der „Regulator“ am 30. Januar 1914 ein sehr übertriebenes Geschloß auf den Kollegen Wieber ab. Man merkt ordentlich, wie sich die Schriftgelehrten des Regulator abgemüht haben bei der Fabrikation dieses Geistesproduktes — sieben Wochen — brauchten sie dazu. Man sieht, die verehrliche Tante aus der Greifswalderstraße in Berlin wird alt, vielleicht hat sie vom halben Dezember bis Ende Januar ein Nickerchen gehalten. Da ist es wirklich schwer, keine Satyre zu schreiben. Wenn wir es aber tun, dann fällt die alte Dame wieder in Ohnmacht, und das möchten wir nicht gern auf unfer Gewissen laden. Bemerket sie aber, daß die Verdächtigung des Blattes, Kollege Wieber habe den Radikalen gespielt und dann

„Angst vor der eigenen Courage bekommen.“ ihn nicht erreicht. Die Anwürfe der Hirsch-Dunkerschen Fünffschgehntel-Agitatoren und Wadenbeißer lassen ihn ebenfalls kalt. Im übrigen aber wird ernstzunehmen den Leuten eine Berichtigung geschickt, wenn ihnen ein Irrtum unterlaufen ist. Die Meinung des Regulators spielt dabei gar keine Rolle.

Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Essen-Bergeborbeck. Auf der Zinkhütte in Bergeborbeck bestehen Differenzen.

Lobberich bei Krefeld. Bei der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Tillm. Schweg, stehen die Arbeiter wegen Verteilung des Koalitionsrechts im Kampf.

Ahlen (Westf.). Bei der Firma Röttering und Beckmann bestehen Differenzen.

Warkstein. Auf den Warsteiner Gruben- und Hüttenwerken, Abteilung Eisenhammer-Ahlenfabrik, bestehen Differenzen.

Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.

Zugang ist fernzuhalten.

Aus Wirtschaft und Technik

Rohseisenzeugung und Rohseisenpreise

Die Rohseisenproduktion erreichte im Jahre 1913 einen Stand wie nie zuvor, sie betrug 19,29 Millionen Tonnen gegen 17,87 Millionen Tonnen im Jahre 1912. In welcher gewaltiger Weise die Rohseisenzeugung in den letzten Jahren gestiegen ist, zeigt folgende Zusammenstellung; es wurde produziert:

Table with 2 columns: Year (1907-1913) and Production in millions of tons (13,05 to 19,29).

Wie die Frankfurter Zeitung berichtet, soll an eine weitere Steigerung nicht zu denken sein, der Markt könne die Rohseisenmengen nicht mehr aufnehmen. In Verbindung damit ist nicht uninteressant, daß das Rohseisenprodukt für das erste Halbjahr 1914 die Preise ermäßigt hat. Für Rheinland Westfalen sind die Ermäßigungen pro 1000 kg folgende:

Table with 2 columns: Type of iron (Hämatitroheisen, Deutsches Gießereiroheisen I, III, Luxemburger Gießereiroheisen III, Stahlseisen, Puddeleisen) and Price (81,50 to 66,00).

Für die anderen Verkaufsgebiete halten sich die Preisermäßigungen in ähnlichen Grenzen.

Die Geldkräftelage in der Edelmetallindustrie

Im Jahre 1913 wurde in einer Plenarsitzung der Pforzheimer Handelskammer nach der Handelspresse folgendermaßen dargestellt:

„Die feine Bijouteriefabrikation ist, mit Ausnahme der Sommermonate, ziemlich voll und zeitweise stark beschäftigt gewesen; aber größere Zurückhaltung der Kundschaft als sonst und schleppendere Zahlungsweise machten sich bemerkbar. Die Goldkettenfabriken mußten infolge Mangels an Aufträgen vielfach mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten und konnten den Umsatz des Vorjahres nicht erreichen. Die Silberwarenindustrie klagt, mit wenigen Ausnahmen, gleichfalls über eine Verschlechterung ihres Geschäfts, sowohl Rückgang im Absatz als auch Preisdruck. Der Großhandel mit Schmuckwaren (Ketten) litt im Inlande unter Zurückhaltung der Käufer infolge Geldknappheit, im Auslande zum Teil unter den kriegerischen Verwicklungen. Teurer Geldstand und politische Unsicherheit haben auch den Geschäftsgang im Juwelengroßhandel ungünstig beeinflusst; dazu kam die Zolländerung in den Vereinigten Staaten, die zu einer starken Absinkstimmung mit entsprechender Rückwirkung auf die Diamantseifei führte. Das Platingeschäft war etwas weniger lebhaft als seither, da einzelne platinverbrauchende Industriezweige mit diesem teuren Material sehr sparsam umgehen und teilweise sich mit Surrogaten zu behelfen suchen, wie z. B. die Glühlampenfabrikation. Der Preisstand blieb im ganzen fest.“

Die deutsche Ausfuhr von Kraftfahrzeugen

Im Jahre 1913 wird vom Mitteleuropäischen Motorwagen-Verein in seiner Vereinszeitschrift mit 88 Millionen Mark berechnet, gegen 76 Millionen im Vorjahre. Die Ausfuhr von Personen-Motorwagen ist verhältnismäßig nur gering gestiegen, nämlich von 65 auf 71 Millionen Mark; der Hauptabnehmer dieser Fahrzeuge war Rußland mit ungefähr 25 Prozent der gesamten Ausfuhr. Recht erfreulich entwickelte sich das Auslandgeschäft in Last-Motorwagen, in dem der Export von 7,5 Millionen im Jahre 1912 auf 13 Millionen Mark im letzten Jahre anwuchs, also um etwa 70 Prozent zunahm. Die Ausfuhr von Motorfahrzeugern hielt sich mit 2,5 Millionen Mark ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Endlich gingen für 1 337 000 Mark lenkbare Luftschiffe in das Ausland, gegen 918 000 Mark im Jahre 1912.

Die deutsche Kraftschußindustrie gab für 45 Mill. Mark Schläuche, Reifen und Laufdecken an das Ausland ab, während die Ausfuhr von anderen Zubehör- und Einzelteilen, wie Motoren, Rädern, Zündapparaten, Beleuchtungsartikeln usw., in der Statistik nicht genau nachgewiesen wird, aber mit mindestens 50 bis 60 Millionen Mark bewertet werden kann.

Neue Regierung von hoher chemischer Widerstandsfähigkeit

Eine neue Regierung, die hohe chemische Widerstandsfähigkeit mit mechanischer Bearbeitbarkeit verbindet, ist nach dem deutschen Reichspatent Nr. 255 919 und den Zusatzpatenten Nr. 256 361, 265 076 und 265 328 von Wilhelm Borchers und Rudolf

Borchers in Aachen gefunden worden. Die neue Legierung besteht aus Nickel, Chrom und geringen Mengen Silber. Durch den Zusatz von Silber soll die mechanische Bearbeitbarkeit der Legierung wesentlich erhöht werden, ohne daß — trotz der Löslichkeit des Silbers in Salpetersäure — die chemische Widerstandsfähigkeit geringer wird; der Zusatz soll sogar in diesem Sinne günstig wirken. So hat sich eine aus 30 Prozent Chrom und 1,5—2,5 Prozent Silber bestehende Legierung als besonders gut erwiesen.

Nach dem Zusatzpatent Nr. 256 361 kann das Nickel teilweise durch eine gleiche Gewichtsmenge Kobalt, das Silber ganz oder teilweise durch eine etwas größere, aber höchstens die doppelte Gewichtsmenge Kupfer ersetzt werden. Einen anderen Erfolg hat man in dem Molybdän gefunden. Man kann mit dem Silber- und Kupferzusatz bis unter 0,3 Prozent der Legierung zurückgehen und 0,5—5 Prozent Molybdän nehmen. Die geringe Molybdänmenge soll besonders die chemische Widerstandsfähigkeit erheblich verbessern, ohne daß die mechanische Bearbeitbarkeit darunter leidet.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. Februar der achte Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. Februar bis 21. Februar fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Röln. (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 1. Febr. hielt unsere Verwaltungsstelle des Jahresgeneralversammlung ab. Der vom Kollegen Buhmann erstattete Jahresbericht zeigt, daß im vergangenen Jahre wiederum ein gutes Stück Gewerkschaftsarbeit geleistet wurde. In 14 Betrieben kam es zu 24 Bewegungen, wovon 6 Bewegungen mit Streiks verbunden waren. In folgenden Betrieben sind Differenzen entstanden: Hermann Schmidt in Bickendorf, Waggonfabrik Herbrand, v. d. Zuppen und Chartier, Humboldt, Schuster und Comp., Berger und Comp., in Berg-Glabbach, Gasmotorenfabrik Deuß, Karlswerk in Mülheim-Rhein, Werner Geub, Mener und Comp., Mannstädt in Troisdorf, Moest und Greve, Heizungsmonteur und Schmiede. Fast alle Bewegungen konnten mit vollem oder Teilerfolg beendet werden. Ueber jede Bewegung an dieser Stelle zu berichten, würde zu weit führen. Einzelne seien wegen ihrer allgemeinen Bedeutung näher erwähnt.

Auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte bei Troisdorf wurden den Gusspußern erhebliche Abkorbabzüge gemacht. In ruhiger Erwägung der Verhältnisse wurde versucht, diesen Abzug auf friedlichem Wege rückgängig zu machen. Als dieses nichts nützte legten die Arbeiter, zum größten Teil in unserem Verbandsverbande organisiert, die Arbeit nieder. Es gelang den Kollegen, den Abzug abzuwehren. Ein Gegenstück hierzu war eine Gusspußerbewegung auf der Gasmotorenfabrik Deuß, wo der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Mehrheit hatte, wir kamen nur mit einigen Kollegen in Frage. Das Vorgehen der Betriebsleitung veranlaßte den Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur der Meinung: „Unter keinen Umständen können die Arbeiter diesen Abzug hinnehmen. Bei dem Hauptvorstand ist die sofortige Erlaubnis zur Durchführung einer Abwehrbewegung einzuliefern.“ Als die Situation ernst wurde, strich der rote Verband die Segel und ließ die Gusspußer mit einem Abzug von 10 Pfg. auf 100 Kilogramm Guß allein. Konjunktur, nahebei Weihnachtsfeiertage und Winterzeit dienten als Beruhigungsmittel. In der Heizungsbranche ist es uns erstmalig gelungen, das Monopol des soziald. Metallarbeiterverbandes zu brechen und ebenfalls einen Tarifvertrag mit den Arbeitgebern der Branche abzuschließen. Eine Bewegung in den Carrosseriebetrieben führte zu einem schönen Erfolg für die Arbeiter. Erhöhung der Mindestlöhne um 10 Pfg., eine allgemeine Lohnerrhöhung von 8 Pfg. pro Stunde konnten neben anderen Verbesserungen durchgeföhrt werden. Die Bewegungen haben gezeigt, daß bei einer gut organisierten Arbeiterchaft schöne Erfolge zu erzielen sind. Trotz der eifrigsten Arbeit ist die Mitgliederentwicklung nicht befriedigend. Es wird Aufgabe aller Funktionäre sein, ihre ganze Kraft zur Ausbreitung des Verbandes einzusetzen. Versammlungen und Sitzungen wurden 1330 abgehalten. Die freigestellten Kollegen Jillekens, Buhmann und Käfer waren in 704 Versammlungen und 429 Sitzungen tätig. Es wurden versandt 2665 Briefe und Postkarten und 14 513 Drucksachen. In Flugblätter verschiedenen Inhalts wurden 150 650 Stück verteilt. Hierzu kommen noch 175 000 Einladungen und Zirkulare, welche auf dem Büro angefertigt wurden. Die Lehren aus dem Jahresbericht sind: Mit Versammlungen allein ist es nicht getan, jeder einzelne Kollege muß sich in den Dienst der Sache stellen. Besonders aber müssen die Beschlüsse unserer Dortaumber Generalversammlung bezüglich der Hausagitation besser durchgeföhrt werden. Auf die letzten Vorgänge im Gewerkschaftsstreit übergehend ermahnte Kollege Buhmann die Kollegen, sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen. Unsere Stellung ist durch den Kölner Prozeß erneut dargelegt worden. Damit ist die Angelegenheit soweit sie die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer angeht erledigt.

Der Rassenbericht, erstattet vom Kollegen Käfer, gibt folgendes Bild. Die Gesamteinnahmen für die Hauptkasse betragen 93 570,18 Mark gegenüber 76 810,24 Mark im Vorjahre. Den größten Teil der Ausgaben verursachte die Krankenunterstützung mit 16 796 Mark. In Arbeitslosenunterstützung, ohne Zuschuß der städtischen Arbeitslosenversicherung, wurden 2650 Mark ausgezahlt. Sonstige Unterstützungen wurden 270 Mark verausgabt. In dieser Beziehung müssen die Kollegen mehr darauf sehen, daß nur die statutarischen Unterstützungen zur Auszahlung kommen. Der Markendurchschnitt betrug 46,33 pro Mitglied. Sodann hielt Kollege Bergmann einen Vortrag über die Wohnungsfrage. In dieser Beziehung sehe es geradezu traurig in unseren Großstädten aus. Hier müsse das Reich unbedingt bahnbrechend vorgehen, weil von den Gemeinden keine ganze Arbeit zu erwarten sei. In den Gemeinden sitzen die Leute, die als Haus- und Grundbesitzer kein allzu großes Interesse an billigen und gesunden Wohnungen, sondern mehr ihren eigenen Vorteil im Auge halten.

Im Schlußwort ermahnte Kollege Jillekens noch zu eifriger Mitarbeit. Gerade die jetzige Situation müsse alle Kollegen auf die Schanzen rufen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unseren Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Mülheim-Rhein. Die Jahresgeneralversammlung der Ortsgruppe fand statt am 29. Januar und war erfreulicherweise sehr stark besucht. Der gute Besuch ist zurückzuführen auf die durchgeföhrt e Versammlungskontrolle. Bei der an

Sahresabschluss vorgenommenen Bücherkontrolle erhielt jeder Kollege ein in kameradschaftlichem Tone gehaltenes Schreiben, in dem auf den Dortmund-Verbandsstagesbeschluss hingewiesen und das zugleich eine Angabe enthielt, wieviel Versammlungen laut Kontrolle das Mitglied im Jahre 1913 besucht hatte. (So ist's recht. Red.) Das gab zunächst etwas Sturm im Mitgliederkreise. Mancher kam und entschuldigte sich nachträglich. Viele wollen ihr Mitgliedsbuch nicht mit zur Versammlung gebracht haben. Diejenigen, die es in der Hauptsache angeht, versprochen Besserung. Ueberhaupt hat sich der Versammlungsbesuch in unserer Ortsgruppe gehoben. Die anhaltende Versammlungskontrolle, eingehender Hinweis auf die stattfindenden Versammlungen, plänklicher Anfang und frühzeitiger Schluss der Versammlungen, sind die Hauptursachen. So solls bleiben. Vorweg sei bemerkt, daß auch die anderen Verpflichtungen, die uns der Dortmund-Verbandsstag auferlegte, zur Durchführung gelangten. Die statutarisch vorgeschriebene Bücherkontrolle der Pflichterführer der Kassierer, ermöglichten eine plänkliche Abrechnung und Eindämmung der Beitragsrückstände.

Hausagitation ist in allen vier Quartalen gemacht worden. Wenngleich im 2. und 3. Quartal insofern geringere Mitarbeit der Kollegen keine nennenswerten Erfolge erzielt wurden, hatten wir doch in unserer Ortsgruppe im 1. Quartal 55 Aufnahmen und im 4. Quartal 27 Aufnahmen als Resultat der Hausagitation zu buchen. Das war nur möglich insofern des dankenswerten Eifers unserer mitarbeitenden Kollegen. Hoffentlich stellen sie sich mit gleichem Mut und Energie auch später zur Sache.

Bös, sehr bös siehts aus mit der Fluktuation. Viele betrachten gleichsam den Verband als ein Glücksrad. Man spielt aus diesem oder jenem Grunde einmal mit um einen Vorteil zu erhaschen. Oder glaubt den Verband als eine Kranken- oder sonstige Unterstützungskasse betrachten zu dürfen. Wo aber soll es hinführen, wenn nicht allein das Statut, beschloffen von den von uns ausgewählten Verbandsstagesdelegierten Richtschnur in dieser Beziehung bleibt? Um die Fluktuation einzudämmen, haben wir eine Kommission gebildet, welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, die etwa austretenden Mitglieder zu befragen. Unter Berücksichtigung der Verhältnisse können wir mit dem Resultat zufrieden sein. Im 3. Quartal wurden besucht 52 Kollegen; 32 haben weiter gelebt. Im 4. Quartal wurden 44 Besuche gemacht. Es blieben Mitglied 17 Kollegen. (In Bezug auf die Hausagitation und Fluktuation haben im Bezirk neben Mülheim, noch Holweide, Merheim, Dünnwald und Dellbrück sich gerührt. Alle anderen Ortsgruppen haben verjagt. Darunter leider auch die große Ortsgruppe V.-Gladbach.) Die jugendlichen Mitglieder haben wir zu einer Sektion zusammengeschlossen, an deren Spitze zwei ältere Kollegen stehen. In der Gewinnung der Jugend brachte uns das Jahr 1913 einen Ausschlag. Nach zahlen sämtliche Mitglieder der Jugendklasse den Lokalkaufschlag von 10 Pf.

Aus den von den Kollegen Billekens und Spanning gegebenen Berichten ging weiter hervor, daß im Berichtsjahre eine Generalversammlung, 13 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben; vor jeder Versammlung wurde eine Vorstands- und Vertrauensmännerführung abgehalten.

An Vortrags-Schemata wurden behandelt, 1. Die Gelben, 2. Lichtbildervortrag „Die Metallindustrie“, 3. Weltwirtschaft, 4. Wohnungsfrage, 5. Arbeiterschutz, 6. Pflicht und Rechte der Mitglieder, 7. Der rote Parteitag, 8. Was will das Kartell der schaffenden Arbeit?, 9. Drei Experimentavortrüge aus dem Gebiete der Elektrizität, gehalten im Königl. Gymnasium, 10. Vorwärts oder Rückwärts mit der deutschen Sozialpolitik und dem Arbeiterrecht?, 11. Das Krankenkassengesetz, 12. Die wirtschaftlichen Kämpfe des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und ihre Folgen, 13. Der dritte Deutsche Arbeiterkongress und der Kölner Gewerkschaftsprojek.

Die Krankenkassenwahlen hatten folgendes Ergebnis: Ortskrankenkasse 16 christliche Vertreter und 14 Sozialdemokraten Vorstand 3 christliche und 3 sozialdemokratische Vertreter. Karlsruher: 21 christliche und 29 sozialdemokratische Vertreter. Vorstand 3 christliche und 3 sozialdemokratische Vertreter. Gasmotorenfabrik: 5 christliche und 11 sozialdemokratische, Vorstand 2 christliche und 4 sozialdemokratische Vertreter.

Flugblätter und Flugblätter wurden insgesamt 6200 verteilt. Einladungen zu Sitzungen und Versammlungen 29 758 und Rundschreiben an Vertrauensmänner und Mitglieder 17. Artikel und Notizen für Tagespresse und Verbandsorgan sind 43 geschrieben worden. An Jahrbüchern, Protokollen und sonstigen Broschüren wurden in Mitgliederversammlungen verkauft 1160 Stück und 400 Postkarten (Verbandsplakat).

Betreffs unserer Mitgliederbewegung, der Lohnbewegungen und finanziellen Gebahrung weisen wir unsere Mitglieder hin auf den Gesamtbericht der Ortsverwaltung Köln-Mülheim. Nur sei erwähnt, daß unser Sekretariat hier selbst rund 500 Mk. an Unterstüßungen auszahlte.

Die Berichte nahm die Versammlung mit Beifall entgegen und erteilte dem Vorstand Entlastung.

Nach Wahl des Vorstandes und der Kartelldelegierten wurde noch auf die Bedeutung der am 19. Februar stattfindenden Gewerkschaftswahl hingewiesen.

Mit dem Appell, der sich besonders an die Kollegen des Carlswerkes richtete, in der Mitarbeit nicht zu erlahmen, allen Schwierigkeiten trotzend, um das Gute zu schaffen, wollen wir weiter arbeiten, wurde die stimmungsvoll verlaufene Versammlung geschlossen.

Scha.-Gladb. Besuch und Verlauf unserer diesjährigen Generalversammlung lassen für das kommende Jahr Gutes erwarten. Der Jahresbericht des Vorsitzenden verzeichnet folgende wichtigen Vorgänge: Der Geschäftsgang ist mit dem der Kriegsjahre 1908 und 1909 auf eine Stufe zu stellen, drei Betriebe mit 100 Personen schließen ihre Pforten. In Beginn dieses Jahres trat ein weiterer mit 17 Personen hinzu. Voll arbeitslos waren 19 Mitglieder, und zwar einer 36 Tage. An Unterstüßung bezogen dieselben 1899,17 Mk. Acht Mitglieder kamen in den Genuss des Zuschusses der städtischen Arbeitslosenversicherung — die bekanntlich auf Antrag unseres Verbandes erteilt wurde — sie erhielten 113,20 Mk. Zusammen mit den Festtagen waren 324 arbeitslose Tage zu verzeichnen. In jenen Firmen, welche das Ansehen als obligatorische Einrichtung betrachten, wollen auch die strengsten Silberwarenfabrik Gebirg, Dehly und die Metallwarenfabrik Eyhard und Söhne gezählt werden. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse ist in der Mitgliederbewegung ein Fortschritt zu konstatieren, an dem jedoch in der Hauptsache die jüngeren Metallarbeiter beteiligt sind. Betriebs- und Hausagitation scheiterten an dem mangelnden Opfermut, Solidaritäts- und Einheitsgefühl der älteren Arbeiter. Daran ist es auch zurückzuführen, daß die hierige Arbeiterzeitung trotz der früheren Erfolge wieder sehr weit zurückgefallen ist. Auch mit der Jugend geht es nicht prächtig, sondern langsam, aber stetig aufwärts. Es ist zu hoffen, daß sie um so zäher an der einmal als richtig erkannten Sache

hält. Während im Jahre 1911 252; 1912 1145 Jugendmarken verkauft wurden, stieg diese Zahl 1913 auf 8134.

Die Ankündigung namhafter Akkordabzüge veranlaßte die in Frage kommenden Organisationen zum Eingreifen bei den Kassenschrankenwerken Ostertag in Aalen. Auf dem Wege gütlicher Verhandlungen gelang es, das Schlimmste abzuwehren. Infolge ungünstigen Geschäftsganges wurde von der Kündigung des Tarifvertrages bei dieser Firma Abstand genommen. Ungünstige Einteilung der Arbeitszeit bei einer anderen Firma erforderte das Einschreiten des Verbandes. Die betreffende Firma erklärte sich bereit, nach Eintritt besseren Geschäftsganges dem Wunsche stattzugeben.

Versammlungen wurden im Bereich der Verwaltungsstelle abgehalten: Öffentliche 5, Mitgliederversammlungen 35, Fabrikversammlungen 7, Vorstands- und Vertrauensmännerführungen 18, Unterrichtskurse 24, Hausagitationen wurden 45 vorgenommen. (Wieviel beteiligten sich daran, wieviele wurden aufgeführt, und welches Resultat wurde erzielt? Red.) Verhandlungen waren zwei erforderlich. Der Geschäftsführer war außerdem an 262 Veranstaltungen obiger Art in Anspruch genommen. Der Versammlungsbuch steht immer noch nicht auf der gewünschten Höhe, die Sitzungen der Vertrauensleute lassen einen merklichen Fortschritt erkennen. Von großer Bedeutung waren die beiden Krankenkassenwahlen. Freund und Feind waren auf den Ausgang derselben gespannt. Sie fielen so aus, wie es die umfassende Arbeit und das geschlossene Zusammenarbeiten der christlich-nationalen Arbeiterkraft erwarten ließ. Als Redner für die erforderlichen Versammlungen stellten sich 11 Gewerkschaftler zur Verfügung.

Der schriftliche Verkehr umfaßt im Auslauf 1914 Nummern, im Einlauf 765. Darunter Eingaben 19 und 70 Artikel und Berichte. Die Kasserverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: Einnahmen der Zentrale inkl. Bestand 11821,52 Mk., Ausgaben 9766,85 Mk. Die Ausgaben setzen sich aus folgenden Posten zusammen: Für Reisegeld 216 Mk., Unterstüßung bei Krankheit 2421,53 Mk., bei Arbeitslosigkeit 3486,20 Mk., Sterbegeld 195 Mk., Militärunterstüßung 15 Mk., Notfall 10 Mk.; Sonstiges 30 Mk., an die Lokalkasse 1204,95 Mk., an die Zentrale gefandt 2188,58 Mk. An Unterstüßungen wurden insgesamt 6393,32 Mk., nahezu dreimal so viel, als an die Zentrale gefandt wurde, aufgewandt. Die Lokalkasse weist auf: An Einnahmen 2105,04 Mk., Ausgaben 2046,79 Mk. Die Beitragsleistung auf den Kopf des Mitgliedes stieg auf 46,09.

Der Jahresbericht hebt zum Schluß hervor, daß die Agitation im vergangenen Jahre Fortschritte gebracht habe, besonders bei den jüngeren Kollegen, daß die Beitragsleistung um ein beträchtliches gesteigert sei, daß aber auch die Leistungen des Verbandes tiefer gemacht seien, woraus sich erneut ergebe, daß die Arbeiterkraft einzig und allein an ihrer Gewerkschaftsorganisation einen wirksamen Schutz gegen Not und Elend finde, daraus müßten für das neue Jahr die entsprechenden Schlüsse gezogen werden. Der Berichtserfasser gab auch gleich die Richtlinien bekannt, nach denen gearbeitet werden soll. Punkt Neuwahl fand seine glatte Erledigung. Anstelle des abgereiften Kollegen Kollmann wurde Kollege Nuding in die Verwaltung berufen. Sonst blieb es beim Alten. Anträge, außer denen der Verwaltung zur Agitation, lagen keine vor. Der Vorsitzende besprach die neueste Tagesfrage. Die lebhaften Zustimmungsaussagen, die diese Ausführungen fanden, zeigten, daß die christl. organisierten Metallarbeiter nicht die geringste Lust bekunden, dem Wunsch und den wiederholten Prophezeiungen der Sozialdemokratie zu Liebe sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, wie das Öppinger rote Blättchen nahe meinte, sondern erst recht an ihrer im Sturm und Kampf erprobten Organisation festhalten wollen, und ernstlich gefonnen sind, in diesem Jahre weitere Anhänger zu werben. Wenn alle Kollegen dementsprechend handeln, dann wird das Jahr 1914 ein solches des Fortschrittes und der machtvollen Erstarkung des Verbandes zum Wohle der Arbeiterkraft werden.

Regensburg. Unsere Ortsgruppe hielt ihre diesjährige Generalversammlung am 17. Juni ab. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Versammlungen fanden 12 statt, in acht Versammlungen wurden Vorträge über die wichtigsten Arbeiterfragen gehalten, zwei Versammlungen waren Diskussionsabende, während in zwei weiteren von der Erstattung eines Vortrages abgesehen wurde, wegen des schwachen Besuchs. (Das ist stark. Red.) Der Vorsitzende rückte letzteren Mißstand. Leider hören diejenigen, die es angeht, in der Regel die Mahnung nicht, weil sie eben nicht da sind. Daburgh ist auch die Werbung neuer Mitglieder. 31 Neuaufnahmen, darunter 12 für die Jugendabteilung, 3 Uebertritte und 3 Jugereitete waren zu verzeichnen. Durch Abreise, Eintritt zum Militär, Austritt und Tod verloren wir 26 Mitglieder. Aus der Jugendklasse traten 6 Mitglieder als Vollmitglieder über. Die im letzten Quartal vorgenommene Hausagitation brachte 10 Neuaufnahmen, darunter 5 für die Jugendklasse. Sie würde wohl ergebnisreicher sein, wenn sich die Kollegen mehr an dem Adressen sammeln und der Agitation beteiligen würden und nicht alles auf einigen Kollegen lastete.

Der Kassenericht erstattete der Kassierer. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 1972,30 Mk., die Ausgabe 789,47 Mk. An die Zentrale wurden gefandt 1182,87 Mk. An Unterstüßungen wurden ausgezahlt 497,15 Mk.

Die Einnahme der Lokalkasse betrug 756,60 Mk., die Ausgabe 573,27 Mk. Mitteln bleibt ein Kassenbestand von 183,43 Mk. Von den Ausgaben der Lokalkasse entfallen 225,00 Mk. auf Unterstüßungen. (Das ist doch des Guten etwas zu viel. Red.)

Die anschließende Vorstandswahl verlief in höchster Harmonie; alle Gewählten nahmen die Wahl an. Veränderungen traten nur bei zwei Beisitzern ein. Der Vorsitzende hielt dann noch einen kurzen Vortrag über die Pflichten der Gewerkschaftler, wobei er besonders auf die Tatsache hinwies, daß nicht weniger als drei Tarife ablaufen, an denen wir beteiligt sind. Der Bauhilfskassentarif wurde im letzten Jahre stillschweigend um ein Jahr verlängert; die Geschäftsstelle ließ eine Kündigung nicht zulassen.

Kollegen, beherzigt die Mahnung, die der Vorsitzende ausgesprochen hat und arbeitet mit an der Hebung der Ortsgruppe durch fleißige Agitation. Besonders laßt euch auch angelegen sein, mehr als bisher in den Versammlungen zu erscheinen. Regte Tätigkeit im Organisationsleben ist der beste Weg zum Erfolg.

Rottensberg. Unsere Ortsgruppe hielt am 25. Januar ihre erste Generalversammlung ab, die nur mittelmäßig besucht war. (Es ist Ehrenpflicht aller Kollegen, selbst bei etwas schwierigeren Verhältnissen, die Versammlungen zu besuchen. D. Red.) Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und ließ die Erschienenen willkommen. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Jahres-

bericht, laut dem die Ortsgruppe am 4. Mai u. J. mit 35 Kollegen gegründet wurde. Anfangs entwickelte sich unsere Ortsgruppe nur langsam und hatte mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, doch konnte bis Jahresabschluss die Mitgliederzahl auf 173 gesteigert werden, was gewiß ein schöner Erfolg ist. Der Artikel im Verbandsorgan „Gewerkschaftliche Jahresbilanz“ wurde eingehend besprochen und den Mitgliedern ihre Pflichten als Gewerkschaftler ans Herz gelegt. Für einen Gewerkschaftler darf es keinen Stillstand geben, die Parole muß stets lauten: Aufklärung und Agitation. Unsere Ortsgruppe wird bestrebt sein, stets diesem Zeichen zu folgen. Unter ihm haben wir bis jetzt höchste Erfolge erzielen können. Bei den Vorstands- und Vertrauensmännerwahlen wurde die bisherige Leitung wiedergewählt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche und der Aufforderung, auch im neuen Jahre stets unentwegt zur Fahne des christlichen Metallarbeiterverbandes zu stehen und eifrig neue Mitglieder zu werben zum Besten der Arbeiterkraft Rottensbergs.

Mainz. Am 18. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab, die einen ziemlich guten Besuch aufwies und zu der auch Bezirksleiter Kollege Scherer (Offenbach) erschienen war. Nach einer kurzen Ansprache erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Im Laufe des Jahres wurden 11 Monatsversammlungen, sowie 6 Vorstands- und Vertrauensmännerführungen abgehalten. In diesen wurden meist belehrende Vorträge gehalten, die zur Förderung der gewerkschaftlichen Schulung der Kollegen von großer Bedeutung waren. Ferner hob der Vorsitzende einige Momente hervor, wo es entschieden noch besser werden müsse; hauptsächlich sei es der Besuch der regelmäßigen Mitgliederversammlungen, die viel zu wünschen übrig ließen. Mit dem Hinweis auf die Aufgaben der Zukunft und die dabei unumgänglich notwendige Mitarbeit aller Kollegen im kommenden Jahr, konnte der Vorsitzende seinen Bericht schließen. Nachdem der Kassenericht in mühevolliger Weise erstattet worden war, wurde die Vorstandswahl vorgenommen, welche in der Hauptsache die Wiederwahl des alten Vorstandes ergab.

Nach Erstattung des Jahresberichtes nahm Bezirksleiter Kollege Scherer das Wort zu einer anfeuernden Ansprache, wobei er besonders die Notwendigkeit der allgemeinen Mitarbeit aller Kollegen an dem weiteren Ausbau der Ortsgruppe und das wirtschaftliche Programm der Organisation betonte.

Kollegen von Mainz und Umgegend! Mit neuem Mut an die Arbeit. Besonders noch eine Ermahnung an die Kollegen unserer Zahlstelle, die wenig oder gar keine Versammlung besuchen. Laut Beschluß unserer Dortmund-Verbandsgeneralversammlung soll einem jeden Mitglied der Versammlungsbesuch fernerhin ins Mitgliedsbuch eingetragen und das Resultat bei der nächsten Generalversammlung bekannt gegeben werden. Darum, Kollegen, ergeht an euch der dringende Ruf: „Versäumt keine Versammlung“, denn dort findet ihr Aufklärung und Gelegenheit, euch als Gewerkschaftler und Agitatoren für unsere Sache auszubilden. Suchen wir überall, wo es auch sei, stets für unsere Sache zu agitieren und neue Kollegen für unsern Verband zu gewinnen. Kollegen, frisch auf ans Werk und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Alme. Im Rückblick auf das verfloßene Geschäftsjahr in der Generalversammlung am 25. Januar konnte der Vorsitzende, Kollege Schwarze, feststellen, daß unsere Gruppe jetzt 10. Jahre besteht. Die gut besuchte Generalversammlung vernahm mit Befriedigung, daß sich in unserem Orte die Mitgliederzahl von Anfang stabil gehalten und daß sich im vergangenen Jahr unsere Zahl um 7 gesteigert habe. Zwölf Versammlungen wurden abgehalten, darunter eine mit Frauen. Einige Differenzpunkte im Lohn- und Arbeitsverhältnis konnten zur Befriedigung der betreffenden Kollegen erledigt werden. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 1679,20 Mark, an die Hauptkasse abgefandt wurden 1134,74 Mark; an Unterstüßungen gelangten 278 Mark zur Auszahlung. Nach der Vorstandswahl ermählte Kollege Hamer-Lippstadt die Anwesenden zur fleißigen Mitarbeit an der Ausbreitung des Verbandes und zum eifrigen Versammlungsbesuch. Diese Eigenschaften ließen den rechten Gewerkschaftler erkennen und würde dadurch der gewerkschaftliche Geist einer Ortsgruppe erst auf die rechte Höhe gebracht. Der Erfolg würde die Arbeit reichlich lohnen. Drum Kollegen von Alme: Tue jeder seine Pflicht und Schuldigkeit! Segen ist der Mühe Preis.

Hamburg. Die Jahresgeneralversammlung unserer Ortsgruppe am 25. Januar, war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende erstattete den Geschäftsbericht, aus dem folgendes entnommen sei. Es wurden abgehalten 19 Mitgliederversammlungen, die durchschnittlich von 30 Prozent der Mitglieder besucht waren. In einer großen, sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Kollege Reichstagsabgeordneter Giesberts. Streiks und Lohnbewegungen hatten wir 4 zu verzeichnen. Im Frühjahr die Bauhilfskassenerhebung, die nach 6 Wochen Dauer mit Erfolg beendet wurde. Erzielt wurde die Erhöhung der Einstellungslohne um 3 Pfennig pro Stunde; ferner für sämtliche Kollegen eine Zulage von 3 Pfennig pro Stunde. Eine Klemmnerbewegung wurde auf friedlichem Wege mit einer kleinen Lohnerrhöhung geführt. Im Sommer hatten wir zunächst eine Bewegung der Huf- und Wagenfchmiede, welche zu einem 14wöchentlichen Streik führte, und nicht ganz den gewünschten Verlauf nahm. Größtenteils deshalb, weil eine große Uneinigkeit bei der Arbeitsniederlegung zu Tage trat, und die Innung sich auf weitere Verhandlungen nicht einließ. Zu gleicher Zeit hatten auf den Werften, als die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wegen der hohen Forderungen scheiterten, die Arbeiter ohne Zustimmung der Organisationsleitungen die Arbeit niedergelegt. Unsere kleine Mehrheit schloß sich der Bewegung an, nach vorangegangenen Versammlungsbeschlüssen. Die ganze Bewegung ging elend verloren; statt Verbesserungen traten vielfach Verschlechterungen ein. Von einem Streik konnte nicht einmal die Rede sein, da sämtliche Zentralleitungen der Roten die Anerkennung verweigerten. Zu bemerken ist noch, daß sämtliche Bewegungen von den Roten in die Wege geleitet und geführt wurden, ohne unseren Verband hinzu zu ziehen. Um hier mal Remedur zu schaffen ist es notwendig, daß wir in Zukunft so stark sind, uns nicht auf die Seite schieben zu lassen.

Zur Agitation wurden 18000 Flugblätter verteilt, wenn auch kein augenblicklicher Erfolg zu verzeichnen ist. Ist doch zu bedenken, daß wir dadurch in weitere Kreise mit unseren Ideen durchdringen und später Erfolg dadurch erzielen können. Die Hausagitation wurde nur spärlich betrieben, es wurden 40 Adressaten von 8-10 Kollegen besucht, und 6 Aufnahmen gemacht, die Schuld liegt daran, daß uns zu wenig Adressen zur Verfügung stehen. (Das muß unbedingt anders werden. In den nordischen Städten ist die Kleinagitation das einzig wirksame Mittel, um den Verband vorwärts zu bringen. Ebenso großes Interesse muß der Jugendagitation zugewendet werden. Daß auch in Hamburg Erfolge damit zu erzielen

stuh, bewessen die sechs Aufnahmen. D. Red.) Im Laufe des Jahres wurde ein Arbeitsnachweis eingerichtet, den von 51 Kollegen, 17 mit Erfolg, in Anspruch nahmen. Eingegangen sind an Briefen und Karten 302, Geldsendungen 7. Ausgegangen sind Briefe und Karten 309, Druckfachen nahmen. Eingegangen sind an Briefen und Karten 302, Geldsendungen 7. Ausgegangen sind Briefe und Karten 309, Druckfachen 123, Geldausgänge 12, Telegramme 1. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 8300,50 Mark, Ausgaben 5353,81 Mark, an die Hauptkasse wurden abgefordert 2946,69 Mark. Die Gesamteinnahmen der Lokalkasse stellten sich auf 2494,60 Mark, die Ausgaben betragen 2424,45 Mark. Es bleibt also ein Kassenbestand am 1. Januar 1914 von 70,15 Mark. An Streikunterstützung wurden gezahlt 2969,40 Mark, aus der Lokalkasse 634 Mark. Der Mitgliederbestand hat sich verringert von 167 auf 156, zu bedenken ist aber, daß 60 Kollegen abreisten und Zugereifte nur 39 zu verzeichnen sind. Arbeitslos waren 43 Mitglieder mit 812 Tagen, krank gemeldet waren 37 Mitglieder mit 983 Tagen. Der Jahresdurchschnittsbeitrag betrug 48,2 Mark. Danach sprachen unser Bezirksleiter Kollege Dohler sowie Gesamtverbandsekretär Kollege Hartmann; letzterer erhielt das Wort zum Geschäftsbericht, sowie über die wichtigsten Momente in der christlichen Gewerkschaftsbewegung im verfloßenen Jahre. Bei der Vorstandswahl konnten die gewählten Kollegen sämtliche Stimmen auf sich vereinen. Die Generalversammlung faßte nun die Beschlüsse zu einem neuen Lokalkassentatut, das schon in vorausgegangener Sitzung reichlich beraten und vom Bezirksleiter ausgearbeitet war. Die Unterstützungsätze wurden fast alle in der vorgelegten Form angenommen, und zwar so, daß in den ersten Wochen kleine Summen gezahlt werden und bei längerer Dauer von Bewegungen Erwerbslosigkeit usw. später bei nachsender Not der Mitbetroffenen, höhere Summen zur Auszahlung gelangen. Das neue Statut hat rückwirkende Kraft vom 1. Juli 1913 ab. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Generalversammlung geschlossen. Kollegen von Hamburg! Laßt den Ruf erschallen: „Alle Mann an Bord“, auf das unsere Bewegung blühe und gedeihe.

Hohenlimburg. Wie erinnerlich, hat der Genosse Spiegel unlängst im Reichstage über die Hüttenarbeiterverhältnisse geredet und anscheinend auch manches gesagt, was nicht so ganz hieb- und stichfest war. Wenigstens hat er in Hohenlimburg mit seinem „Material“ nicht gerade viel Effekt gemacht. Spiegel soll u. a. gesagt haben, bei der Firma Hösch in Hohenlimburg sei den Arbeitern dadurch ein Abzug schmackhaft gemacht worden, indem ein allgemeines Erbsenessen von den Meistern versprochen worden sei. Die Firma Hösch ließ daraufhin ihre sämtlichen Arbeiter zusammenkommen und ersuchte um Auskunft, ob ein Arbeiter da sei, der von einem versprochenen Erbsenessen wisse. Merkwürdigerweise meldete sich keiner — Mitglieder des roten Verbandes waren genügend da — und wurde damit die Behauptung Spiegels als eine Unwahrheit gestempelt. Leider hat sich die Firma mit dieser Feststellung nicht zufrieden gegeben. Wenige Tage später ließ sie sich einen gelben Agitator von Essen kommen, der ausgesprochen in der Fabrikantentüte (!) das gelbe Licht anzünden wollte. Das erschienene Publikum setzte sich zwar weniger aus Arbeitern zusammen, indes sollen umso mehr Beamte, und solche, die es von Herzen gern werden möchten, an der Versammlung teilgenommen haben. Von diesen Leuten sind denn, dem Vernehmen nach, einige belgetreten bzw. würden belgetreten und es dürfte uns nicht wundern, wenn nun die Selben wieder davon reden, daß „einem langempfundnen Bedürfnis entsprechend“, die Hösch'schen Arbeiter „sich“ einen „wirtschaftsfriedlichen“ Verein gegründet hätten. Na, viel Glück zur Fahrt dieser gelben Blüte in Hohenlimburg. Das eine steht schon heute fest: die übergroße Mehrzahl der Hohenlimburger Arbeiter wird diesen Sumpfpflanzen nur Abscheu und Betachtung entgegen bringen. Und wenn die Protektoren dieser Gestirbe es — wie an anderen Orten — wagen sollten, die Arbeiter mit Gewalt in diese Werkvereine hinein zu pressen, so werden wir alles daran setzen, um die Rechte der Arbeiter zu schützen. Kollegen von Hohenlimburg Stärkt unsere Reihen!

Bremerhaven. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 24. Januar statt, welche gut besucht war. Der erste Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und sprach insbesondere über die Werftarbeiterbewegung. Sodann ergriff Bezirksleiter Kollege Dohler das Wort, der in treffender Weise den Stand der Gewerkschaften und die wirtschaftliche Lage beleuchtete. Aus dem Kassenbericht sei hervorgehoben, daß die Einnahmen für die Zentralkasse 2927,55 Mk. betragen, die Ausgaben 925,82 Mk. Zuschuß von der Hauptkasse 540 Mark. An die Hauptkasse wurden gefandt 2191,97 Mk. An Streikunterstützung wurden 508,33 Mk., an Umzugsunterstützung 30 Mk., an Reiseunterstützung 55 Mk., an Krankenunterstützung 90,58 Mk. ausgezahlt. Der Bestand der Lokalkasse stellte sich auf 196,90 Mk. Mitgliederzahl am Schlusse 1912 54, Ende 1913 87 und 10 Jugendliche. In der Diskussion wurde von Kollegen Klage über das Ueberstundenwesen geführt. In den Vorstand wurden die alten Kollegen wiedergewählt. Beim Schlußworte erklärte der Vorsitzende, die vielen Ueberstunden könnten durch Neueinstellungen auf den Werften vermindert und die 25 bis 50 Proc. Entschädigung für Nachtarbeit den Kollegen am Tagesverdienst bewilligt werden; nur auf dem Nordb. Lloyd ließe es sich nicht vermeiden, Ueberstunden zu machen, da hier Schnellreparaturen in Frage kommen. Die Herren Genossen hätten gar keine Ursache, gegen die Ueberstunden zu schreien, denn sie seien die ersten, welche Ueberstunden machen wollten und sich sogar beschwerten, wenn sie übergangen werden, folglich haben wir auch keine Veranlassung, uns allein zu weigern, Ueberstundenarbeit zu machen. Der Vorsitzende machte dann noch einige Vorschläge für die Agitation im neuen Jahre und ermahnnte jeden Kollegen, seine Pflicht zu tun, zu seinem eigenen Besten und zum Besten seiner Familie. (Die Durchführung der Dortmunder Verhandlungsbeschlüsse scheint man in Bremerhaven vergessen zu haben. D. Red.)

Breslau. Auf den Einka-Hoffmann-Werken ist es zum Streik gekommen. Die Ursachen sind folgende: Seit einhalb Jahren ist in das Werk der Herr Direktor Dr. Eichberg eingetreten und mit diesem Tage auch der Unfrieden. Der Streik der Gewerkschaften im Jahre 1913 ist auch auf das Konto dieses Herrn Direktors zu buchen. Nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in den Kreisen der Beamten herrscht die größte Unruhe. Selbst in den Kreisen der Direktion sind Unstimmigkeiten vorhanden. Das „schneidige“ Auftreten des Herrn Eichberg soll dabei maßgebend sein. Direktor Kränzel ist aus dem Direktorium ausgeschieden. Direktor Gierlich (früher leitender Mann der Waggonfabrik Hoffmann), ist seit dem Sommer 1913 auf Urlaub und bis heute noch nicht zurückgekehrt. Wie verlautet, will auch der Herr Generaldirektor einen Urlaub von einem Jahre antreten. Die Rechte der Beamten und vor allem der Arbeiter, werden auf alle mögliche Weise beschnitten. Es

vergeht kaum ein Tag, wo nicht durch Anschläge neue Pflichten auferlegt werden. Alle aufzuführen, ist unmöglich, doch einige seien herausgegriffen. Herr Eichberg will nicht gestatten, daß verstorbenen Kollegen das letzte Geleit gegeben wird. Ferner ist ein Verbot erschienen, nach dem bei sofortiger Entlassung das „Sigen“ beim Frühläden und Vespere verboten ist. Daß durch solche Verbote die Arbeitsfreudigkeit nicht erhöht wird, sollte auch Herrn Eichberg einleuchten. Doch die Erbitterung wurde aufs höchste gesteigert, als nach Lohn- und Akkordabgabe von 20 bis 40 Prozent vorgenommen wurden. Bei Verhandlungen tritt Direktor Eichberg sehr schneidig auf, jegliches Entgegenkommen wird abgelehnt.

Die Arbeiterschaft mußte nun notgedrungen diesen aufgezungenen Kampf aufnehmen. Eine Ausperrungsandrohung folgte selbstverständlich; wird sie durchgeführt, was beim Stande der Dinge sehr wahrscheinlich ist, dann werden etwa 5000 Arbeiter davon betroffen. Im Kampf stehen bis jetzt die Former, Kernmacher, Kupferschmiede, Stemmer, Leinwandbinder, Schloffer, Dreher und Maschinistenarbeiter. In dem ausgezungenen Kampfe steht die öffentliche Meinung auf Seiten der Arbeiter. Die Firma sucht Arbeitswillige durch Inzerate, namentlich auf Werkvereiner (lies Gelbe) reflektiert sie. Die berechnete Sache der Arbeiter muß obliegen, wenn die Einigkeit gewahrt bleibt. Darum ist Zugzug streng fernzuhalten.

Baals (Holland). Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 25. Januar, ihre Haupt-Generalversammlung ab, welche nur von 35 Kollegen besucht war. Aus dem Jahresberichte ist folgendes zu entnehmen: Mitgliederversammlungen fanden 9 statt, welche meistens nur von jugendlichen Mitgliedern besucht waren. (Die älteren Kollegen haben den Besuch auch nötig. D. Red.) Vorstandssitzungen 11. Die Mitgliederzahl stieg von 98 zu Anfang Januar 1913 auf 117 zu Anfang Januar 1914. Besonders gebührt dem Vorstande und Vertrauensmännern, sowie mehreren jüngeren Kollegen, vollstes Lob für die rege Agitation, welche sie im verfloßenen Jahre betrieben haben.

Es ist sehr beschämend für die älteren Kollegen, daß ihnen in der Agitation die jüngeren Kollegen weit voraus sind. Es ist doch Pflicht eines jeden Kollegen, sich an derselben zu beteiligen.

Mögen die älteren Kollegen dies wohl beherzigen und sorgen, daß ihnen bei der nächsten Haupt-Generalversammlung 1915 dieses schlechte Zeugnis nicht mehr ausgestellt zu werden braucht.

Der Kassenbericht löste eine große Befriedigung bei den Mitgliedern aus. Die Gesamteinnahmen betragen 2741,60 Mark, die Ausgaben 197,30 Mark. Mißfin wurde an die Ortsverwaltung in Uden 2544,30 Mark. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der erste und zweite Schriftführer, sowie die beiden Beisitzer mit Stimmenmehrheit wiedergewählt. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand beschloßen hätte, eine Agitationskommission zu gründen, und forderte die Mitglieder auf, sich freiwillig für dieselbe zu melden, worauf sich dann mehrere ältere und jüngere Kollegen meldeten. Möge die Agitationskommission die Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe im neuen Jahre um eine beträchtliche Anzahl erhöhen, zum Wohle unserer Ortsgruppe, sowie des gesamten christlichen Metallarbeiterverbandes.

Aber nicht nur die Agitationskommission soll arbeiten, sondern jeder Kollege muß sich bewußt sein, daß es seine Pflicht ist, seine ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen. Kollegen von Baals! Auf zur Agitation!

Berlin. Im großen Saal des neuen kath. Gesellenhauses fand am 1. Febr. die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Gut war der Besuch und doch hätte er noch besser sein können. Stark vertreten war die Jugendklasse. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erstattete Kollege Fährnich den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen steigerten sich ohne Zuschuß der Hauptkasse von 17416,93 Mk. in 1912 auf 18552,54 Mark im Berichtsjahre. Der Anteil der Hauptkasse betrug 11879,00 (gegen 11230,05 Mk. im Vorjahre). Die Ausgaben der Hauptkasse für Unterstützungen einschließlich Anteil der Lokalkasse, befreizten sich auf 5081,20 Mk. (5752,30 Mk. im Vorjahre). An die Hauptkasse wurden abgefordert 6797,80 Mk. (5477,75). Die Einnahmen der Lokalkasse stiegen von 6185,88 Mark in 1912 auf 6683,54 Mark 1913. Der Lokalkassenbestand betrug am 31. Dezember 1913 3127,24 Mark (3059,40 Mk.).

Kollege Bockisch gab den Bericht von der neu errichteten Filiale der Düsseldorf-Zentralkrankengeldzuschußkasse, die jetzt 21 Mitglieder hat. Im Anschluß daran erstattete Kollege Winter den Geschäftsbericht. Die allgemeine Situation, von der der Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit sehr stark abhängig ist, hat sich im Berichtsjahre verschlechtert. Die Arbeit im Berliner Baugewerbe hat das interessierte Kapital — Banken und Terraingesellschaften — fast vollständig ruhen lassen.

Der Berliner Handelskammerbericht von 1913 führt aus: „Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist noch erheblich, wenn auch bezüglich der kleinen Wohnungen eine wachsende Nachfrage zu bemerken ist.“ Um also die Nachfrage nach Wohnungen und was gleichbedeutend damit ist, um die Mietpreise zu steigern, legten die mit den Banken eng verbundenen Baugeldgeber, welche auch im Besitz der schon bestehenden Hypotheken sind, den Wohnungsbau einfach vollständig still. Sehr stark wurden die Bauhändler, Klempner und Installateure durch das Stocken des Häuserbaues in Mittelstandsgeld gezeugen. Arbeitsmangel, Teuerung, dazu schärferes Heranziehen zur Einkommenssteuerpflicht lösten eine nervöse Stimmung unter den Arbeitern aus. Die Arbeiterschaft, die die Ursache ihrer Gewiß nicht beneidenswerten Lage nicht versteht, wird von der Sozialdemokratie gegen Kirche, Staat und staatsbehaltenden Körperlichkeiten gehetzt.

Statt planmäßige Gewerkschaftsarbeit zu leisten, steht die sozialdemokratische Arbeiterbewegung großsprecherisch vor dem Kapitalismus, wie der Fuchs vor dem zusammengebrochenen Igel und weiß in Wahrheit nicht, wie sie vorgehen soll, um etwas Ernstliches zu erreichen.

Im Lager der Berliner kath. Arbeitervereine hat sich nichts geändert, was zugunsten der christlichen Gewerkschaften spräche. Gebessert haben sich ganz entschieden die Beziehungen zu den evangelischen Vereinen christlicher junger Männer. Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften hat daran nützlich mitgearbeitet. Der christliche Metallarbeiterverband steht mit evangelischen Vereinen junger Männer in guten Beziehungen und unterhielt eine Arbeitsgemeinschaft, die für beide Teile nur Gutes kann.

Die Zahl der Mitglieder unserer Jugendabteilung ist von 30 auf 49 gestiegen. Der von Zwischau nach Berlin über-

gestellte arbeitseifrige Pastor Ungnad ist bestrebt, auch die evangelischen Arbeitervereine mehr für die christlichen Gewerkschaften zu interessieren. Wenig ruhig liegen auch die Preisverhältnisse für unsere Bewegung in Berlin. „Der Reichsbote“, eine ausgesprochene evangelische Zeitung, führt reaktionäre und auch wieder arbeiterfreundliche Regungen in seiner Brust. Er möchte mit Graf Westarp ein Arbeitswilligenbüchlein und mit dem Herrn Abgeordneten Lic. Mumm die Aufhebung des Paragraphen 153 der Reichsgewerbeordnung machen. In der kath. „Märkischen Volkszeitung“, wo man „Sich Berlin“ und auch den christlichen Gewerkschaften Rechnung tragen möchte, liegen die Verhältnisse ähnlich. Trotz dieser mißlichen Verhältnisse ist es höchste Pflicht eines jeden Kollegen, unermüdetlich zu schaffen, um den Verband auch in unserer Ortsgruppe zu stärkerer Festigung zu verhelfen.

Flugblätter wurden 53000 an den Fabriken verteilt und 15 öffentliche Versammlungen abgehalten. 12 von diesen öffentlichen Versammlungen waren vom Berliner Kartell der christlichen Gewerkschaften einberufen.

Die persönliche Agitation der Mitglieder ist nicht befriedigend. Nur 37 Kollegen haben im Berichtsjahre dem Verbande Neuaufnahmen zugeführt. Für die Hausagitation, die im Frühjahr und Herbst von 17 Kollegen betrieben wurde, waren 109 Adressen vorhanden. 70 Adressen wurden bearbeitet und 12 davon für den Verband gewonnen. Die Gesamtzahl der Neuaufnahmen stellte sich auf 167 gegen 198 im Vorjahre.

Das Versammlungsleben, das sich wegen der Größe Berlins in sechs Bezirken abspielt, muß sich sehr bessern. Von nur durchschnittlich 25 Proz. der Mitglieder wurden die Versammlungen besucht. Die Versammlungsschwänzer erhalten in ihrem Interesse für den Verband und gehen vielfach verloren. Sie hemmen aber auch ungemein den agitatorischen Impuls der Versammlungen und damit der Bewegung. Jedes Mitglied muß es als Ehrenpflicht empfinden, den Versammlungen beizuwohnen. In Freundes-, Verwandten- und Bekanntenkreisen ist verband zu wirken. Von vielen Kollegen sind die in der Metallindustrie beschäftigten Töchter, Söhne, Brüder und Schwägerinnen gar nicht oder in gegnerischen Verbänden organisiert. Diese für unseren Verband zu gewinnen, ist unbedingt nötig. Jedes Mitglied unseres Verbandes, das in einem konfessionellen oder in einem anderen Verein Mitglied ist, darf auch dort die Werberarbeit nicht einstellen. Mit dem Appell an die Anwesenden, unermüdetlich für unsere schöne Sache zu arbeiten, schloß Redner seine Ausführungen.

Die Diskussion war lebhaft. Die Entlastung des Kassierers und des Vorstandes erfolgte einstimmig. Durch Zuwahl zweier Beisitzer, der Kollegen Küpernick und Winter jr. wurde auch der Jugendklasse eine Vertretung im Vorstand eingeräumt.

Nach einem eindringlichen Schlußworte, in welchem die Kollegen zur eifrigen Mitarbeit, zum vollzähligen Versammlungsbesuch und zur pünktlichen Beitragszahlung gemahnt wurden und nach einem begeisterten Hoch auf das Gedeihen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes fand die Generalversammlung ihr Ende.

Nun, Kollegen der einzelnen Bezirkegruppen, ihr Führer der Jugendsektionen in den einzelnen Vereinen und Vertrauensmännern, setzen wir alle unsere Ehre darin, unsern christlichen Metallarbeiterverband trotz aller Schwierigkeiten vorwärts zu bringen. Je größer die Mühe, umso mehr Freude macht auch der Preis.

Herford. Vor einiger Zeit konnte man in verschiedenen Tageszeitungen folgende Notiz lesen:

„Stadtverordneter und Gewerkschaftssekretär Schmidt, der bisherige Sekretär der freien Gewerkschaften und Führer der hiesigen Sozialdemokratie, hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt, da er, zum Geschäftsführer der neuen Ortskrankenkasse gewählt, den Vorständen der Kasse gegenüber die Verpflichtung übernommen hat, jede agitatorische Tätigkeit im Dienste einer politischen Partei einzustellen.“

Was würden die Genossen nicht alles für Verdächtigungen austreten, wenn solche Entnennung bei Ihren Gegnern vorkommen würde. Ja, man würde schreien, dies seien gelbe Anwandlungen, Postenjägeri, Preisgabe der Freiheit oder „mes Brot ich eß“, des Lied ich sing“. Wenn es die Führer der Massen so praktisch vormachen, dann braucht sich niemand zu wundern, wenn der gelbe Welgen am besten in dem roten Hochburgen gedeiht. Dort schreien die roten Führer mit vollen Backen in die Welt hinein, daß nur die Sozialdemokratie es versteht, aufrechte Männer, ganze Charaktere zu erziehen. Die Genossenarbeit scheint aber doch starke Löcher zu besitzen, denn sonst hätte der Genossenführer Schmidt lieber auf den Posten bei der Ortskrankenkasse verzichtet und wäre Führer geblieben. Das neue Amt scheint ihm besser zu gefallen; zudem ist auch das Einkommen höher. Unsere Kollegen in Herford können aus diesem Vorfall wiederum erkennen, daß bei den Genossen die Mundweite die Hauptsache ist. In der Praxis erzieht die Sozialdemokratie die besten Selben. Kollegen in Herford! An die Arbeit, um die falsch belehrten Arbeitsbrüder wieder auf die richtige Bahn zu bringen.

Gebweiler. Am Montag, den 19. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die von einem Drittel der Mitglieder besucht war. Nach der Erstattung des Geschäftsberichtes schritt man zur Vorstandswahl. Kollege Gengler (Stuttgart) hielt dann einen Vortrag über den Arbeiterkongreß und den Gewerkschaftsprojek und lieferte darin lehrreiches Material. Kollegen von Gebweiler! für uns gilt der Spruch: „Ein großes Arbeitsfeld und wenig Arbeiter.“ Darum müssen wir von neuem an die Arbeit gehen, mit frischem Mut, den schlechten Verhältnissen der hiesigen Arbeiterschaft ein Ende zu machen. (Wie wurden die Beschlüsse des Dortmunder Verbandstages durchgeführt? D. Red.)

Wallau. Seit Bestehen unserer Ortsgruppe war die am Sonntag, den 1. Februar stattgefundene Generalversammlung wohl die bedeutungsvollste. Aus dem Jahresbericht sei erwähnt, daß sich die Mitgliederzahl von 115 auf 135 aufwärts entwickelt. Der alte Stand ist indes noch nicht wieder erreicht worden, was umso bedauerlicher ist, als uns gerade das Jahr 1913 bewies, wie dringend notwendig die Stärkung unserer Reihen ist. Diese Schuld dem Mangel an Rednern zuzuschreiben, fehle namentlich im Berichtsjahre jeglicher Untergrund; denn im Bereiche unserer Ortsgruppe haben nicht weniger als 14 Versammlungen und Sitzungen stattgefunden, in welchen verschiedene Kollegen unseres Verbandes als Redner anwesend waren. Daß wir in der Mitgliederentwicklung nicht besser vorwärtsgekommen sind, liegt wohl lediglich daran, daß die gegebenen Anregungen nicht genügend befolgt wurden und die Zahl der agitatorisch tätigen Kollegen zu klein ist. Wäre jeder Kollege sich seiner Pflichten bewußt, dann würde selbst der allerfeinsten Boden Früchte für unsere Bewegung bringen.

Wie bitter notwendig dieses ist, zeigt schon allein der erstattete Rassenbericht. Von der Gesamteinnahme von 4 469 Mark (4334 Mark im Vorjahre) mußten allein über 2000 Mark (1907 Mark im Vorjahre) an Krankengeld ausgezahlt werden.

Eine im Sommer auf der Amalienhütte einsetzende Bewegung der Schlosser zwecks Lohnaufbesserung, Einführung von Akkordlisten und der Frühlingsfeier an den Tagen vor Sonn- und Festtagen konnte nur zum Teil erfolgreich durchgeführt werden.

Im Herbst drängten die Zustände auf der Amalienhütte zu einer weiteren Bewegung; namentlich in der Glasererei. Eine von den Arbeitern beabsichtigte Eingabe glaubte die Firma dadurch illusorisch zu machen, daß sie vor Einreichung derselben kurzer Hand einen Teil unseres Vorstandes wegen angeblichen Arbeitsmangel entließ.

Nur die Hoffnung festhalten,
Wanke nicht bei Not und Qual,
Alles wird sich schon gestalten,
Frühling wird es doch einmal.

Danzig. Unsere diesjährige Generalversammlung am 1. Februar hatte einen vollständigen Besuch aufzuweisen. Den Rassen- und Jahresbericht erstattete Kollege Gajkowski. Aus ihm sei folgendes entnommen: Die Anfänge einer niedergehenden Konjunktur machten sich schon im Anfange des Jahres 1913 hier bemerkbar.

Verteilungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!
Verteilt ohne Grund keine Verteilung!

Sonntag, den 14. Februar.

- Berlin-Nord. Abends 8,30 Uhr bei Thiede, Hufschmiedstr. 4-5.
Dortmund. 2. Abends 8,30 Uhr bei Wall, Deistermühlstr. 1.
Görlitz. Abends 8,30 Uhr bei Ludwig, Mittelstr. 18.
Karlstraße. Abends 8,30 Uhr, im Palmengarten, Herrenstraße 34.
Ahn-Kindelhof. Abends 9 Uhr bei Sadtler, Bachemstr. 129.
München. Abends 8 Uhr im Restaurant „Leopoldstadt“, Senefelderstraße, Generalversammlung.
Remscheid. Abends 8 Uhr bei Bierbach, Weststraße.
Zuffenhausen. Abends 8 Uhr „Zur Krone“.

Sonntag, den 15. Februar.

- Ahlen i. B. Abends 8 Uhr bei Wüller gen. Cubik, am Markt.
Bezirks-Kirchen. Nachmittags 4 Uhr Generalversammlung bei Witwe Hüsing in Kirchen.
Fachholz-Hüttingen. Morgens 11 Uhr bei Witz, Düsselborferstr.
Danzig-Schiedlitz. 4 Uhr bei Viala zu Emsau.
Danzig-Zoppot. 11 Uhr im Zoppoter Hof.
Dortmund-Witten. Vorm. 10,30 Uhr bei Wibeck, Auguststr.
Duisburg-Hochfeld. Nachm. 5 Uhr bei Sultmann, Ecke Eigen- und Wankheimerstr.
Essen-Segeroth. Abends 7 Uhr bei Langenberg.
Essen-Nützenfeld. Abends 6 Uhr bei Brummekamp.
Essen-Altenessen. Abends 6 Uhr bei Effer.
Großenbaum. Nachmittags 5 Uhr bei Blankenheim.
Hagen. Morgens 11 Uhr bei Eickhoff, Körnerstraße 17, Generalversammlung.
Heiligenhaus. Morgens 11,30 Uhr bei Ehrmann (früher Köppers-Strich).
Köln-Ehrenfeld. Morgens 11 Uhr bei Wilkhaupf, Benloerstr.
Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Hontgesberg, Brennerstr.
Köln-Poll. Morgens 11 Uhr bei Fagbender, Hauptstr.
Köln-Stadt. Heizungsmonteure 11 Uhr zur Ratsküche, Neumarkt 18.

Königliche Gewerbeinspektion gemacht, mit dem Hinweis, die Schutzvorrichtungen bei der Firma Schichau einer genauen Kontrolle zu unterziehen. Desgleichen wurden diese Mißstände in verschiedenen Versammlungen, in der Tagespresse am Ort und im Verbandsorgan veröffentlicht.

Die Einnahmen der Hauptkassa betragen 14 497,10 M. Von diesen Einnahmen sind 6250,09 M. den Kollegen am Orte wieder zugute gekommen. Diese Summe wurde fast ausschließlich an Arbeitslosenunterstützung und auch an Krankenunterstützung ausgezahlt.

Schonungen: Bei vollständiger Beteiligung unserer Mitglieder fand am 25. Januar die erste Generalversammlung unserer neugegründeten Sektion statt. Ein schon lang gehegter Wunsch unserer Kollegen ging in Erfüllung und die allgemeine Ansicht, bei uns in Schonungen gibt es nur rote, besteht schon lange nicht mehr.

Soziales

Gemeinnützige Volksversicherung der christlichen Gewerkschaften

Vom Monat Februar ab ist der Kollege Karl Fahrner als (früher Arbeitersekretär in Frankfurt a. M.) als Bezirkssekretär der Deutschen Volksversicherung A.G. in Köln a. Rh., Lakusstr. 70 (Telefon S. 3828) stationiert.

- Dejede-Hagen. Morgens 9 Uhr in Hagen bei Witwe Dammern, Mitgliederversammlung, um 11,45 Uhr daselbst öffentliche Versammlung.
Kleinhausen. Nachmittags 4 Uhr Versammlung bei Witwe Roskoth, Friemersheim.
Köpenberg. Nachmittags 2,30 Uhr bei Schrepelmann Generalversammlung.
Kottenburg. Nachmittags 3 Uhr im Gasthof „zum Engel“.
Stettin. Nachmittags 2,30 Uhr bei Seelke, Blumenstraße 16. Referent Kollege Müller.
Witten (Sieg). Vormittags 11 Uhr bei Stürmer.
Dienstag, den 17. Februar.
Hamburg. Abends 8,30 Uhr bei Langhoff, Beckstr.
Danzig-Orla. Abends 8 Uhr in Tierpfelbs Hotel.
Donnerstag, den 19. Februar.
Duisburg-Heiderich. Abends 8,30 Uhr bei Stapelmann, Harfstraße Vertrauensmännerversammlung.
Krausheim. Abends 8 Uhr im Schloßhof.
Freitag, den 20. Februar.
Duisburg-Ranzheim. Abends 8,30 Uhr bei Graber, Ehingerstr.
Samstag, den 21. Februar.
Emseloh. Abends 8,30 Uhr im evang. Vereinshaus, Rathenstraße.
Köln-Stadt. Bauhülser, Versammlung fällt aus.
Köln-Poll. Abends 8,30 Uhr „Zur Krone“, Freiheitstr. 19.
Solingen. Abends 9 Uhr bei Borghoff.

Allen voran
Ist die
Kiepenkerl-Tabake
von Oldenkott-Bees am Rhein.
Überall erhältlich!
Sagen Sie es an jeder ordentlichen Verkaufsstelle jedes Raucher's Freund.

Ist auf Ersuchen gerne bereit, kostenlos sowohl aufklärende Vorträge über die Volksversicherung in den Ortsgruppen und Kartellen zu halten, wie auch die praktische Seite der gemeinsamen Sache: Buchführung, Verrechnung, Antragsausfüllung usw. den Kollegen zu zeigen.

Der Reichsverband Deutscher Konsumvereine

kann im Jahre 1913 auf gute Erfolge zurückzuführen. Die Propagierung der neutralen Genossenschaftsgedanken findet in weiten Kreisen Widerhall und so wird die Zahl der Vereine immer größer, welche sich diesem Verbands angeschlossen.

Die Zahl der Vereine betrug am 1. Januar 1913 127, dagegen am 31. Dezember 159. Die Zahl der diesen Vereinen angeschlossenen Mitglieder stieg im gleichen Zeitraum von 97 606 auf 142 385, also eine Steigerung von 45,9 Prozent.

Der Umsatz der Verbandsvereine betrug im Jahre 1912 - ausgenommen die Groß-Einkaufs-Zentrale - 31 627 151 M., 1913 erreichte er eine Höhe von 44 219 118 M.

Literarisches

Literatur der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Im Anschluß an den dritten deutschen Arbeiterkongreß sind im Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Benloerwall 9, mehrere Druckschriften erschienen, die größere Beachtung für sich beanspruchen können.

Briefkasten

Nach Straubing. Bei Versammlungsanzeigen müssen Tag, Zeit und Lokal angegeben werden.
An Verschiedene. Von einer Anzahl Verwaltungsstellen fehlen immer noch die Mitgliederlisten zur Abrechnung.

Herren-Garderoben
erhalten Sie sehr preiswert vom
Garderoben-Verlandhaus b. Spielmann
München, Dachauerstraße 1.
Frühjahrs-Modells und Mäntel von 10 bis 45 M.
Sacco-Anzüge 1- und 2-reihig von 12 bis 48 M.
Hosen, Westen, Wattertragen etc. etc.

Prima Nußschinken
per Pfd. 1,20 M.
Teilhaltung
Uhren u. Goldwaren,
Photo-, optische
Artikel,
Sprechmaschinen,
Musikinstrumente,
Spielwaren, Zithern
u. s. w.
Jonass & Co. BERLIN A. 741